Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Mittwoch, 9. Februar 1921

Nummer 65 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erſcheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Spedition ſelbſt abgeholt 8,50 M. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland und Öſterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufſchlag, per Brief für Deutſchland und Öſterreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 5,— M. einſchließlich Teuerungszuſchlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einſchließlich Teuerungszuſchlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernſprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4648, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Klaren Blick bewahren!

Von Bruno Aſch

I.

Die Voranſchläge, die von der Pariſer Konferenz der deutſchen Regierung für die Regelung der Wiedergutmachungsfrage vorgelegt worden ſind, haben in Deutſchland einen Taumel nationaliſtiſcher Erregung hervorgerufen. Dieſe Atmoſphäre iſt ſehr ungeeignet, um die Fragen zu diskutieren, um die es ſich hierbei handelt. Es iſt ein Verbrechen am deutſchen Volke, in dieſer Stunde einen Proteſtrummel ſchlimmſter Art herbeizuführen, anſtatt die volle Schwere der Zahlungsforderungen ruhig und ſachlich darzulegen und zugleich die ökonomiſche Unſinnigkeit derartiger Regelungen, die letzten Endes an ihrer Undurchführbarkeit ſcheitern müſſen, klar herauszuarbeiten. Es ſollte doch endlich zum Bewußtſein kommen, daß wir keinesfalls eine vernünftigere Geſtaltung der Dinge herbeizuführen in der Lage ſind, ſolange bei jeder Gelegenheit in feierlichen Beteuerungen die Unmöglichkeit der Leiſtung feſtgeſtellt und ihre Erfüllung abgelehnt wird, wie es die verbrecheriſchen Politiker immer wieder tun, die erſt Deutſchland in Krieg und Niederlage geführt haben, und es jetzt leider noch immer wagen dürfen, mit ihren Tiraden das Volk zu verwirren und in neue Abenteuer und Gefahren zu jagen. Es muß immer erneut darauf hingewieſen werden, daß es dieſelben Kreiſe ſind, die noch im Sommer 1918 die Schützengräben mit Broſchüren überſchwemmten, in denen zur Befriedigung der deutſchen Kriegsentſchädigungsforderungen nicht nur die wahnwitzigſten zahlenmäßigen Berechnungen aufgeſtellt, ſondern auch mit ſkrupelloſer Ruhe die letzten wirtſchaftlichen Werte der gegneriſchen Völker für dieſen Zweck veranlagt und in die Rechnung eingeſtellt wurden. Sie, die den Krieg von Anfang an unter der Parole „vae victis" wehe dem Beſiegten!) geführt und in Oſt und Weſt unter dieſem Geſichtspunkt gehandelt haben, müſſen ſchweigen, wenn ihre Geſinnungsgenoſſen auf der anderen Seite nunmehr den gleichen verbrecheriſchen Wahnſinn propagieren und durchzuſetzen verſuchen. Die deutſche arbeitende Bevölkerung aber muß mit allen Mitteln davor gewarnt werden, ſich noch einmal in die Bahn der Kataſtrophenpolitik von 1914 drängen zu laſſen und ſie muß ſich immer deſſen bewußt bleiben, daß die fürchterlichen Jahre des Krieges die Schuld an den gegenwärtigen Zuſtänden in entſcheidendem Maße tragen. Kein neuer Kampf und keine neue Entſcheidung auf den Schlachtfeldern, auf denen wieder Proletarier gegen Proletarier ſtehen würden, könnte eine Beſſerung unſerer Lage herbeiführen, ſondern das würde gerade im Gegenteil die letzten Reſte einer Aufbaumöglichkeit zerſtören.

II.

Die deutſche Wirtſchaft leidet unter dem andauernden Schwanken der Wechſelkurſe gegenüber den Rohſtoffe und Lebensmittel liefernden in Frage kommenden Staaten. Nicht die Verringerung des Wertes der Reichsmark auf einen Bruchteil ihres Nennwertes fällt entſcheidend ins Gewicht, ſondern die abſolute Unſicherheit der Wertgeſtaltung. Durch die heftigen und in ihrem Verlauf nicht abzuſchätzenden Veränderungen der Valuta iſt die geſamte internationale Wirtſchaft, insbeſondere die der valutaſchwachen Länder, in einem Maße ſpekulativ geworden, daß die Grundlagen jeder Kalkulation erſchüttert ſind und die Stetigkeit der kapitaliſtiſchen Produktion ununterbrochen in Frage geſtellt wird. Jede Verſchlechterung des Markkurſes führt zu einer Steigerung der Preiſe, zu einer Anregung des Geſchäftsganges, die aber ſofort wieder in das Gegenteil umſchlägt, ſobald eine Beſſerung der Kurſe den Auslandverkauf erſchwert und die Preiskurve im Lande nach unten führt. In einer Periode ſtändiger Veränderlichkeit, die oft innerhalb weniger Tage 20 bis 30 v. H. ausmacht, ergibt ſich als unmittelbare Folge eine weitgehende Zurückhaltung innerhalb der geſamten Volkswirtſchaft — ſowohl bei Produzenten als auch Konſumenten —, die wieder zu Betriebseinſchränkungen, Arbeiterentlaſſungen und Verſchärfung des Notſtandes führt. Die Rückwirkung derartiger wirtſchaftlicher Verhältniſſe auf die Auslandsmärkte iſt bei der engen Verknüpfung der Weltwirtſchaft naturgemäß ſehr empfindlich. Die hohen Wechſelkurſe führen dazu, daß die Länder, deren Währung hoch ſteht, ihre Produkte nicht abzuſetzen vermögen, weil die Kaufkraft der valutaſchwachen Staaten nicht groß genug iſt, um die angebotenen Güter zu erwerben. Der hohe Wechſelkurs führt dazu, daß die betreffenden Gebiete nicht mehr in der Lage ſind, ihre bisherige Produktion aufrechtzuerhalten, daß ſie ebenfalls zu Einſchränkungen der Erzeugung, zu Arbeiterentlaſſungen ſchreiten und daß der Preisbau, der ſeit dem Beginn des Krieges immer mehr nach oben ſtrebte, in ſich zuſammenbricht, weil die Fundamente einer drängenden und um jeden Preis Befriedigung verlangenden Nachfrage nicht mehr gegeben ſind. Die Blockade, die auf dieſe Weiſe um die einzelnen Staaten gelegt wird, iſt ſicherer als irgend eine, die während des Krieges beſtanden hat.

Die ſchwere Kriſe, die ſich gegenwärtig in Amerika, England und der Mehrzahl aller europäiſchen Staaten in ihren verhängnisvollen Wirkungen zeigt, iſt geeignet, den Völkern die ſcheinbar vergeſſene Wahrheit von der Abhängigkeit des Wohlſtandes der einzelnen Länder voneinander wieder in das Gedächtnis zu rufen und dadurch dazu beizutragen, daß an die Stelle einer nur auf blinde Gewaltanwendung gegründete Wirtſchaftspolitik endlich die Erkenntnis tritt, daß die Wiederherſtellung der eigenen Wirtſchaft unmöglich iſt, ſolange große und wichtige Gebiete Europas ſich in einem Zuſtand des Verfalls und der wirtſchaftlichen Zerſetzung befinden. Es iſt eine utopiſche Vorſtellung, wenn man glaubt, daß die Bilanz einer derartigen Politik einen Ueberſchuß für ihre vermeintlichen Nutznießer mit ſich bringen wird, ihr Ergebnis wird nichts anderes ſein als ein ſtändiges europäiſches Heerlager, das neue Not und Verzweiflung erzeugen muß . . .

III.

Wenn Forderungen in der Höhe an Deutſchland geſtellt werden, wie ſie das Pariſer Programm vorſieht, ſo wird die deutſche Staatswirtſchaft in abſehbarer Zeit keinesfalls in die dringend erforderliche Ordnung gebracht werden können. Die ſtändige Erhöhung der Ausgaben der öffentlichen Körperſchaften, die keinen entſprechenden Ausgleich in den Steuereinnahmen findet, führt zur dauernden Inanſpruchnahme der Notenpreſſe, d. h. zu einer ſich fortſetzenden Aufblähung des Geldmarktes, zur Schaffung zuſätzlicher Kaufkraft, die — wie an dieſer Stelle ſchon wiederholt dargelegt worden iſt —, eine Steigerung der Warenpreiſe, eine Minderung der Realeinkommen und letzten Endes eine ununterbrochene Erſchütterung der Wirtſchaft mit ſich bringen muß. Die Ordnung der Staatswirtſchaft ſtellt demnach ein primäres volkswirtſchaftliches Intereſſe dar, darüber hinaus aber auch ein bedeutſames volkswirtſchaftliches Intereſſe, denn die großen Mengen deutſcher Zahlungsmittel, die ſich zur Zeit im Auslande befinden, werden dadurch ebenfalls fortgeſetzt entwertet. Viel bedeutſamer aber iſt es, daß auch die Konſumkraft unſeres Landes an ausländiſchen Produkten im Verhältnis zur Stärke der Bevölkerung weit unter das normale Maß ſinkt und daß dadurch die bereits oben erwähnten kriſenerzeugenden Wirkungen auf die fremden Märkte ausgelöſt werden.

Der deutſchen Wirtſchaft muß alſo, wenn die Leiſtungsfähigkeit, die zur Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen erforderlich iſt, hergeſtellt werden ſoll, die Möglichkeit einer umfaſſenden Sanierung gegeben werden. Dieſe Sanierung muß von zwei Seiten in Angriff genommen werden. Der erſte wichtigſte Weg iſt der, den wir ſelbſt hier, bei uns, zu beſchreiten haben. Es iſt der Weg einer rückſichtsloſen und energiſchen Durchführung der Steuergeſetzgebung, die den Beſitz und die hohen Einkommen ſo energiſch erfaſſen muß, daß der notwendige Ausgleich zwiſchen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen iſt. Die Streichung großer Ausgabepoſten im Etat muß unbedingt erfolgen. Bei der Reichswehr, der Marine, den zahlloſen Verwaltungsorganiſationen ſind hohe Beträge einzuſparen, die eine Herabſetzung der Etatziffern ermöglichen. Die Defizits der Reichsunternehmen können durch

Die Pariſer Abmachungen

Fortſetzung der Kammerdebatte

In der geſtrigen Nachmittagsſitzung der franzöſiſchen Kammer beendete der royaliſtiſch-klerikale Abgeordnete Xaver de Magillon die Begründung ſeiner Interpellation, die er am vergangenen Freitag unterbrochen hatte. In der nachfolgenden Debatte ergriff dann als erſter Redner der frühere Finanzminiſter Klotz das Wort. Für Klotz bilden die Abmachungen von Paris ein Anhangsprotokoll zum Verſailler Friedensvertrag. Wie dieſer ſelbſt, ſo müſſe auch das Protokoll der Nachprüfung durch die Kammer unterliegen. Der frühere Finanzminiſter erinnerte daran, daß die Regierung die Staatsfinanzen nicht feſtſtellen könne, ohne daß die Kammer ihre Zuſtimmung gäbe. Die franzöſiſche Finanzpolitik ſei durch die Abmachungen von Paris feſtgelegt worden. Deshalb müſſe die Kammer ſich über dieſe Abmachungen ausſprechen. Als Klotz auf die Frage der Zwangsmaßnahmen zu ſprechen kam, unterbrach ihn Briand mit der Erklärung, daß die Entſchließungen von Paris, ſoweit ſie Deutſchland bekannt gegeben würden, über die Strafmaßnahmen nichts enthalten hätten. Somit könne Deutſchland ſeine Einwendungen gegen die Pariſer Abmachungen nur ſoweit ſie ihm mitgeteilt wurden, vorbringen. **Bezüglich der Strafmaßnahmen habe Deutſchland ſich jeder Bemerkung zu enthalten, denn dieſe ſtellten für den Augenblick nur eine Angelegenheit dar, die die Alliierten unter ſich zu regeln hätten.** Nach dieſer Unterbrechung führte Klotz ſeine Rede zu Ende. Er erklärte, daß die Entſchließungen von Paris eine Verminderung der Entſchädigungen darſtellen, die durch den Verſailler Friedensvertrag feſtgeſetzt wurden. Die Pariſer Abmachungen hätten Frankreich ungefähr fünfzig Milliarden Frank zugeſtanden. Da es 16½ Milliarden den Vereinigten Staaten und 13 Milliarden England ſchulde, ſo müſſe man Briand den Vorwurf machen, daß er eine Verminderung der franzöſiſchen Guthaben zuließ, ohne daß ihm in der Frage der auswärtigen Schulden irgendwelche Zugeſtändniſſe gemacht worden wären.

Briand erklärt, man hätte bis zum Monat Mai den Geſamtbetrag der Reparationsſchuld feſtzuſetzen. Das habe gewiſſe Hinderniſſe gebracht, aber durch ein Einverſtändnis der Alliierten ſei man darüber hinweggekommen. Das ſei das weſentliche Verdienſt der Konferenz von Paris. Ohne dieſes Uebereinkommen wäre Frankreich iſoliert und der Vertrag würde nicht mehr ſpielen.

Zwiſchen dem Abgeordneten Klotz und dem Miniſterpräſidenten Briand entſpinnt ſich ein Zwiegeſpräch. Klotz ſagt: Ich hoffe, daß die Regierung auch mit unſeren Verbündeten von der Mobiliſierung unſerer Schulden geſprochen hat. Briand erwidert: **Wenn ich daran nicht gedacht hätte, wäre ich nicht würdig, an dieſer Stelle zu ſtehen.** Klotz fährt fort: Ich zweifle nicht daran; aber Sie haben geſagt, daß das Inſtrument Frankreichs, alſo der Friedensvertrag, nicht lebendig ſei. Haben Sie heute etwas Lebendigeres vorzuzeigen? Miniſterpräſident Briand ruft aus: Nein, Herr Klotz! **Auch in 14 Tagen werde ich Ihnen nicht die Löſung aller Probleme bringen können, die Sie über ein Jahr vergeblich zu löſen verſucht haben.**

Eine amerikaniſche Warnung

Der Londoner drahtloſe Dienſt verbreitete eine Warnung der „Newyork Times" an Deutſchland, daß Deutſchland ſeine Fehler von 1914 nicht wiederholen ſoll, indem es Amerika abermals falſch beurteilt. Das Blatt richtet eine feierliche Warnung an Deutſchland und ſagt, daß, falls Deutſchland dem Rat dieſer Stimmen Folge leiſtet, es Unglück über das Land bringen wird. Die amerikaniſche Nation urteilt in dieſer Angelegenheit einſtimmig. Die Empfindungen und Zwecke des Krieges ſind nicht auf einmal verſchwunden. Kein vernünftiger Amerikaner hegt den rachſüchtigen Wunſch, daß Deutſchland auseinandergeriſſen und zur Sklaverei gebracht wird. Aber man iſt in den Vereinigten Staaten feſt überzeugt, daß Deutſchland bis zu der Grenze der Möglichkeiten gehen muß, um die entſetzlichen Zerſtörungen wieder gut zu machen, die es angerichtet hat. Wir zweifeln nicht, daß Harding dieſe Meinung teile. Falls Deutſchland ſich in dieſer Angelegenheit einer falſchen Auffaſſung hingibt, ſteht es vor einem peinlichen Erwachen.

Die Verhandlungen in London

Amtlich wird folgende Erklärung veröffentlicht:

Das Auswärtige Amt hat der hieſigen franzöſiſchen Botſchaft mitgeteilt, daß die deutſche Regierung die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Vorausſetzung annimmt, daß auch die deutſchen Gegenvorſchläge auf der Konferenz zur Beratung geſtellt werden.

Die Regierung hat alſo die von dem franzöſiſchen Botſchafter überreichte Einladung zu Verhandlungen in London angenommen. Daß auf der Londoner Konferenz über die deutſchen Gegenvorſchläge verhandelt werden wird, iſt wohl ſelbſtverſtändlich, da der Friedensvertrag ausdrücklich Deutſchland das Recht einräumt, über die Wiedergutmachungsforderungen gehört zu werden. Die Reden Lloyd Georges haben auch gezeigt, daß die Entente-Regierungen gleichfalls dieſe Auffaſſung haben. Die deutſchen Gegenvorſchläge beziehen ſich ſelbſtverſtändlich nur auf die Wiedergutmachungsfrage. In der Entwaffnungsfrage handelt es ſich nicht um Vorſchläge der Entente-Regierungen, ſondern um die Art der Ausführung der Verpflichtungen, die zuletzt noch in Spaa auch von der deutſchen Regierung anerkannt worden ſind. Die Entwaffnungsfrage ſcheidet — damit wird ſich auch die bayriſche Regierung abfinden müſſen — aus den Verhandlungen aus.

Wiederherſtellung der Rechtsſicherheit

Der hieſige belgiſche Geſandte hat dem Reichsminiſter des Auswärtigen am 5. d. M. folgende Note übergeben:

„Die belgiſche Regierung beabſichtigt nicht, von den ihr nach dem § 18 der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages von Verſailles zuſtehenden Rechten, das Eigentum der deutſchen Staatsangehörigen zu beſchlagnahmen, Gebrauch zu machen für den Fall, daß Deutſchland gegen ſeine Verpflichtungen abſichtlich verſtoßen würde. Dieſer Verzicht bezieht ſich auf deutſches Eigentum in Belgien, ſeinen Kolonien oder dem von ihm verwalteten Gebiet einſchließlich insbeſondere der Bankguthaben, ebenſo wie auf Schiffe und Fahrzeuge in belgiſchen Gewäſſern. Dies gilt ebenſo von Waren an Bord belgiſcher Schiffe oder Fahrzeuge oder von nach Belgien zum Verkauf geſandten Waren."

Von zuſtändiger Stelle wird beſonders darauf hingewieſen, daß der von Belgien ausgeſprochene Verzicht in verſchiedener Hinſicht weitergehend iſt als der von der britiſchen Regierung bereits früher ausgeſprochene Verzicht. Es wäre zu wünſchen, wenn der belgiſche Schritt dazu beitragen würde, dem vor dem Kriege ſelbſtverſtändlichen Grundſatz der Unverletzlichkeit des privaten Eigentums im Frieden wieder zur Geltung zu verhelfen.

Belgien trägt damit den Notwendigkeiten, die ſich aus der Wiederherſtellung internationaler Handelsbeziehungen ergeben, Rechnung; man kann erwarten, daß ſich auch die anderen Staaten bald dieſem vernünftigen Schritt Englands und Belgiens anſchließen.

eine den volkswirtſchaftlichen Erforderniſſen ſich anpaſſende Neuordnung der Tarife und eine auf dem Wege der *Sozialiſierung der Schlüſſelinduſtrien* herbeizuführende Senkung der Materialkoſten beſeitigt werden. Die Uebernahme der Kohlenerzeugung, der Kraftgewinnung, Eiſen, Kali und anderen Urproduktionen, in Gemeinwirtſchaft muß zu einer nach volkswirtſchaftlichen Geſichtspunkten geregelten Preis- und Produktionspolitik führen, ſowie die Gewinne aus dieſen Induſtrien der Geſamtheit zugänglich machen.

Das Ausland aber müßte, im eigenen richtig verſtandenen Intereſſe, die zur Finanzierung der Einfuhr von Rohſtoffen, Lebensmittel uſw. erforderlichen *Kredite* mit Hilfe einer internationalen Organiſation zur Verfügung ſtellen und dadurch eine *Stabiliſierung der Wechſelkurſe* einleiten, die eine unerläßliche Vorausſetzung geregelten Wirtſchaftsverkehrs der Völker iſt.

IV.

Deutſchland iſt zahlungsfähig, wenn ihm auf dieſe Weiſe die Möglichkeit einer Sanierung gegeben wird. Es iſt alſo in ureigenem Intereſſe der Völker, die einen Rechtsanſpruch auf die deutſche Entſchädigung haben, die Vorausſetzung einer vollen Leiſtung herbeizuführen. Der Weg, der im einzelnen am zweckmäßigſten zu beſchreiten iſt, kann diskutiert werden. Vielleicht iſt es praktiſch, — wie bereits vorgeſchlagen — Obligationen an die Entente zu geben, die von den anderen Regierungen bei ihren Gläubigern verwertet werden können und die nach Maßgabe der deutſchen Wirtſchaftsentwicklung in beſtimmten Zeiträumen eingelöſt werden müſſen. Aber nur wenn es gelingt, die auf ihrem Schein beſtehenden Vertragskontrahenten davon zu überzeugen, *daß ihr eigenes Intereſſe den wirtſchaftlichen Geſundungsprozeß ihres Schuldners verlangt*, wird es möglich ſein, eine vernünftige Regelung herbeizuführen. Die verhältnismäßig niedrigeren Forderungen, die gegenüber denen für die ſpäteren Jahre für die nächſte Zeit geſtellt worden ſind, beweiſen, daß man ſich auch drüben dieſer Frage nicht ohne weiteres verſchließt. Aufgabe einer klaren und ſachlichen Unterhandlung wird es nun ſein, auf die *Undurchführbarkeit der bisher mitgeteilten Forderungen* hinzuweiſen und eine der tatſächlichen Leiſtungsfähigkeit des Landes angepaßte Regelung, die nach erfolgter Sanierung unſerer Wirtſchaft durchaus nicht gering ſein wird, herbeizuführen.

Der Widerſinn, der in der verlangten *Ausfuhrabgabe* liegt, die auf der einen Seite eine vermehrte deutſche Ausfuhr herbeiführen ſoll, ihr aber auf der anderen Seite wieder Feſſeln auferlegen muß, braucht nicht näher erörtert zu werden. Es iſt hier bereits auf die ökonomiſche Unmöglichkeit und ihre ſelbſtverſtändlichen Folgen für die *Arbeiterbevölkerung der ganzen Welt* hingewieſen worden . . . .

Das deutſche Proletariat hat ein lebhaftes Intereſſe an der Regelung der Wiedergutmachungsfrage. Die wirtſchaftliche Lage der arbeitenden Maſſen müßte unter der Wirkung eines derartigen Abkommens, wie die Pariſer Forderungen es verlangen, unerträglich werden. Es würden einerſeits rieſige Arbeitsleiſtungen erforderlich ſein, die ohne Entgelt ins Ausland entſandt, der deutſchen Wirtſchaft keine Gegenwerte zuführen, alſo die Erhaltung der an ihnen beteiligten Arbeiterſchichten auf die Schultern der anderen arbeitenden Bevölkerung laden würden, andererſeits ſtändig ſchwere Erſchütterungen des inneren Marktes eintreten, deſſen Produktionsfähigkeit und Konſumkraft unter der fortgeſetzten Ausbeutung ſich ununterbrochen verringern würde. Die *Lebenshaltung der arbeitenden Klaſſe in Deutſchland* würde auf einen Stand ſinken, der für uns *unerträglich* ſein und entſetzliche Folgewirkungen in der Zunahme der bereits graſſierenden Volksſeuchen haben müßte. Die weit unter das Lebensniveau der weſteuropäiſchen Arbeiterſchaft ſinkende Lebenshaltung der deutſchen Arbeiterſchaft würde auf dem Weltmarkte lohn- und preisdrückend in Erſcheinung treten und trotz Ausfuhrabgabe und Zollmauern auf Grund der der kapitaliſtiſchen Wirtſchaft immanenten Geſetze zu einer *Verelendung des Weltproletariats* führen. Aus dieſem Kreislauf gibt es keinen Ausweg, ſolange ſich nicht eine grundſätzliche Loslöſung von den jetzt die Siegervölker noch beherrſchenden Ideen zeigt und in der Wiedergutmachungsfrage klar in Erſcheinung tritt.

V.

Der Kampf, den das *klaſſenbewußte deutſche Proletariat* in dieſen Tagen ernſter Entſcheidungen zu führen hat, iſt ein *ſchwerer und vielgeſtaltiger*. Die vielleicht dringendſte Aufgabe, weil von dieſer Seite die unmittelbarſte Gefahr droht, iſt der entſchloſſene Widerſtand gegen die nationaliſtiſchen Politikaſter, die eine neue Kataſtrophe mit ihren furchtbaren Folgen für die arbeitende Bevölkerung heraufzuführen bereit ſind. Kein Ruf nach der Einheitsfront und der inneren Geſchloſſenheit darf das deutſche Proletariat darüber hinwegtäuſchen, daß unter dieſen Schlagworten der Reaktion ſich die *Gefahr eines neuen Burgfriedens und neuer Niederlagen des Proletariats* verbirgt. Hier gilt es, klaren Blick zu bewahren und nicht auf die Sirenenklänge und rethoriſchen Phraſen nationaliſtiſcher Reaktionäre hereinzufallen.

Der Kampf, der geführt werden muß, gilt jedem Verſuch, an die Stelle von Verhandlungen ſchale Proteſte und ein „Unannehmbar" zu ſetzen, wie es der Regierung von vielen Seiten nahegelegt wird. Es gilt die Maſſen der Bevölkerung aufzuklären, daß *auf dem Wege von Verhandlungen* die Lage der deutſchen Wirtſchaft klargelegt und eine Aenderung der Bedingungen herbeizuführen verſucht werden muß. Wir müſſen auch in Betracht ziehen, daß trotz eines etwaigen jetzigen Abkommens ſich die weltpolitiſche und weltwirtſchaftliche Situation in wenigen Jahren ſo weitgehend geändert haben kann, daß die Bedingungen, die jetzt vielleicht Geltung erlangen, ſelbſt von denen verneint werden, zu deren angeblichen Gunſten ſie geſchaffen ſind. *Wer es erkennt, daß die Zahlungsbedingungen an ihrer inneren Unmöglichkeit ſcheitern müſſen, der hat die Pflicht, das deutſche Proletariat davor zu bewahren, in eine neue ſchwerwiegende Kataſtrophe hineingejagt zu werden.*

Die Arbeiter der ganzen Welt, die heute unter den Wirkungen des Krieges leiden, werden nur zu bald erkennen, daß ſie unter den Folgen eines ſo gearteten Wiedergutmachungsvertrages noch viel ſtärker leiden müſſen. Ihre Erkenntnis der inneren Zuſammenhänge wird durch die praktiſchen Lehren, die ihnen die Wirtſchaftsgeſchichte der nächſten Zeit erteilen muß, wachſen. Sie ſind unſere natürlichen Bundesgenoſſen, mit deren Hilfe wir die Feſſeln dieſer der kapitaliſtiſch-imperialiſtiſchen Wirtſchaftsgeſinnung entſpringenden Regelung durchbrechen und eine andere Ordnung herbeiführen werden. Es iſt dringend erforderlich, daß ſich die deutſche Arbeiterſchaft darüber ganz klar bleibt, daß nur auf dem Wege einer *internationalen Verſtändigung der klaſſenbewußten Proletarier aller Länder* die natürlichen Folgen der kapitaliſtiſchen Ausbeutungspolitik beſeitigt und dem imperialiſtiſchen Streben unüberwindbare Widerſtände entgegengeſetzt werden können. Aber wir müſſen uns auch darüber im klaren ſein, daß die *verſchiedenartige Entwicklung* der einzelnen Völker und der einzelnen Arbeiterſchichten in dieſen Völkern nicht durch einen revolutionären Salto mortale überſprungen werden kann, ſondern bei allen unſeren Beurteilungen in ihrer Bedeutung für die proletariſche Geſamtbewegung in Rechnung geſtellt werden muß, wenn wir uns vor Enttäuſchungen und gefährlichen Niederlagen bewahren wollen. Der Chauvinismus der Nachkriegsperiode in den Siegerländern, die bedachtſam geſchürte gegenſeitige Empörung und Abneigung ſind Faktoren, die erſt auf Grund eines unermüdlichen Kampfes um die Herſtellung einer *wahrhaften Internationale* überwunden werden können.

Die Münchner Kemaliſten

Die Münchner Jünger Enver Paſchas und Kemal Paſchas haben ſich nach der ſanften Rüge der „Roten Fahne" in der Sonntagausgabe nun auch noch eine Zurechtweiſung ihrer Parteileitung geholt. Die Zentrale der Kommuniſtiſchen Partei veröffentlicht eine Erklärung, in der jede Gemeinſchaft mit der Bourgeoiſie auch in der Reparationsfrage abgelehnt wird. Es heißt dann in der Erklärung weiter:

> „Die Vertreter der Kommuniſtiſchen Partei im bayriſchen Landtag ſind dieſer Verpflichtung nicht nachgekommen. In der Münchner Zeitung „Neue Zeitung" ſind Artikel erſchienen, die dieſen Gedanken nicht zum Ausdruck bringen oder ihm zuwiderlaufen. Die Zentrale der Kommuniſtiſchen Partei erklärt, daß dieſes Verhalten nicht im Einklang mit den Grundſätzen der Kommuniſtiſchen Partei iſt."

Weiter heißt es in der „Roten Fahne", es werde Sache der Organiſation ſein, zu *prüfen*, inwieweit ſie dieſem Verhalten organiſatoriſche Folgen geben müſſe. Es langt alſo nicht einmal zu einer ſichtbaren Scheidung zwiſchen den Münchner Nationalbolſchewiſten und der „grundſatztreuen" Berliner Zentrale. Solange dieſe klare Scheidung nicht erfolgt iſt, ſetzt ſich die „Rote Fahne" nur der Lächerlichkeit aus, wenn ſie in der gleichen Ausgabe den Unabhängigen unterſtellt, daß dieſe ſich zuſammen mit der Bourgeoiſie in eine „nationale Einheitsfront" begeben haben und „flennend aber gefügig hinter dem Regierungskarren herlaufe".

Nicht minder heiter iſt es, daß das kommuniſtiſche Zentralorgan in ſeiner geſtrigen Abendausgabe erklärt, es habe „*von Anbeginn* an das verbrecheriſche Treiben des Otto Thomas ſcharf verurteilt". Dieſe Behauptung ſteht mit den Tatſachen im ſchärfſten Widerſpruch. Die „Rote Fahne" hat ſich erſt zu ſeiner ſanften Rüge an die Adreſſe der Münchner Kriegshetzer aufgeſchwungen, nachdem *wir* deren verbrecheriſches Treiben gebrandmarkt hatten. Dabei kann gar keine Rede davon ſein, daß dem kommuniſtiſchen Zentralorgan und der Parteileitung das Treiben der Münchener Nationalbolſchewiſten unbekannt geweſen ſei. Wie Günther Hopſe in einem Artikel in der „Roten Fahne" ausführt, begann die Münchner „Neue Zeitung" ſchon am Mittwoch, den 2. Februar, ihre Zuſammenarbeit mit der nationaliſtiſchen Jugend, die ſich dann in jeder weiteren Nummer der Zeitung mehr und mehr ſteigerte. Der Artikelſchreiber kommt zu dem Schluß, daß der Kommuniſt Otto Thomas in ſeiner Zeitung *offenbare Hilfe für die Orgeſch* leiſtete und eine Politik der *Provokation* betrieb. Das alles hatte aber die hochweiſe Zentrale *verſchlafen* und auch jetzt vermag ſie ſich nur zu der Erklärung aufzuraffen, daß es Sache der Organiſation ſein werde, die Angelegenheit zu „prüfen". Auch die Tatſache, daß die kommuniſtiſche Fraktion im bayeriſchen Landtag *gemeinſchaftlich mit den bürgerlichen Parteien* eine Erklärung bezüglich der Forderungen der Entente zu dem Verſailler Vertrag abgab, erſcheint ihr nicht ſchwerwiegend genug, um einen ſichtbaren Trennungsſtrich zwiſchen ſich und dieſer Fraktion zu ziehen.

Freilich, dieſe Scheidung zwiſchen den nationaliſtiſchen und „grundſatztreuen" Kommuniſten ſcheint deshalb auf Schwierigkeiten zu ſtoßen, weil die Münchner Schwabingerei nichts anderes bedeutet, als die *ſinngemäße Uebertragung der von Moskau im Orient betriebenen Politik auf die deutſchen Verhältniſſe*. Sinowjew hat mit Enver Paſcha in Baku den Bruderkuß ausgetauſcht; Paul Levi hat Enver Paſcha im Deutſchen Reichstag der deutſchen Bourgeoiſie als Muſter vorgeführt, was will alſo die kommuniſtiſche Zentrale von Otto Graf und Otto Thomas?

Eine Interpellation der Unabhängigen

TU. München, 8. Februar.

Die auf heute nachmittag 4 Uhr anberaumte Vollſitzung des Landtages dauerte nur ganz kurze Zeit. Um ½5 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgehoben und auf morgen vormittag 8 Uhr vertagt, weil um 5 Uhr Beratungen der Fraktionen über die politiſche Lage beginnen. In ſeiner heutigen Sitzung hatte ſich der Miniſterrat einmütig auf einen längeren Beſchluß geeinigt, der ſpäter den Fraktionsführern der Koalitionsparteien vorgelegt wurde. Dieſe erklärten es für notwendig, den Beſchluß des Miniſterrats ihren Fraktionen zur Beſprechung und Beſchlußfaſſung zu unterbreiten. Es iſt anzunehmen, daß die Beratungen der Fraktionen ſich bis in den Abend hinein erſtrecken werden. Dann wird eine nochmalige Fühlungnahme mit der Regierung erfolgen müſſen, und erſt hierauf wird das Ergebnis der Beratungen der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden.

Inzwiſchen hat die *Unabhängige Sozialdemokratiſche Fraktion* des Landtages an den Miniſterpräſidenten Dr. v. Kahr eine *Interpellation* eingebracht, in der von ihm Aufſchluß über die Stellung verlangt wird, die er am 5. Februar eingenommen hat. Die Interpellation wird damit begründet, daß aus den amtlichen Preſſemeldungen keine Klarheit über die Haltung der bayeriſchen Regierung zu gewinnen ſei, da ein Widerſpruch zwiſchen den offiziellen Meldungen der Berliner und Münchener Regierung beſtehe. Die ernſte politiſche Lage erfordere Klarheit über dieſen Widerſpruch und Gelegenheit für den bayriſchen Landtag zur Stellungnahme.

Eine Wahllegende

In Wahlverſammlungen wird immer wieder das Gerücht verbreitet, daß die Unabhängige Sozialdemokratie mit den Rechtsſozialiſten zuſammenzugehen beabſichtige. Demgegenüber muß aufs Neue betont werden, daß unſere Partei *nicht im entfernteſten daran denkt*. Sie hat bisher keine Vereinbarungen mit den Rechtsſozialiſten zu treffen verſucht, ſie wird es auch im preußiſchen Wahlkampf nicht tun. Die Politik der Rechtsſozialiſtiſchen Partei iſt auf den *Reformismus*, auf die Verbindung mit den bürgerlichen Parteien eingeſtellt. Die Unabhängige Sozialdemokratie dagegen ſteht auf dem Boden des *proletariſchen Klaſſenkampfes*, ſie vertritt die Grundſätze des *revolutionären Sozialismus*, der kein Paktieren mit irgend einer bürgerlichen Partei zuläßt und ſich deshalb auch im ſchärfſten Gegenſatz zur reformiſtiſchen Taktik der Rechtsſozialiſten befinden muß. Unſere Parteigenoſſen müſſen der Wahllegende von einem Zuſammengehen mit den Rechtsſozialiſten von unſerem grundſätzlichen Standpunkt aus energiſch entgegentreten!

Anſchlag auf Genoſſen Dißmann

Ein ſchwarzer Tag in der Arbeiterbewegung

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" hatten wir in unſerer Montagausgabe über die Tumultſzenen berichtet, die in *Frankfurt a. M.* am Sonntag in einer Verſammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie von einer kommuniſtiſchen Sprengkolonne verurſacht worden waren. Die Darſtellungen der Frankfurter Preſſe über dieſe Vorgänge gewähren ein noch viel traurigeres Bild parteipolitiſchen Wahnwitzes als man nach der erſten Meldung annehmen konnte. Daß blinde Schüſſe gefallen ſind, beſtätigt ſich nicht, dafür iſt Genoſſe Dißmann aber nur *mit knapper Not einem Mordanſchlag entgangen*. Aus dem Bericht unſeres Frankfurter Parteiblatts, des „Volksrechts", entnehmen wir folgendes:

Unſere Partei hatte eine große Wahlverſammlung in das Schumann-Theater berufen, in der Dißmann ſprechen ſollte. Schon am Tage vorher waren der Parteileitung Nachrichten zugegangen, wonach die Kommuniſten *die Abſicht hätten, die Verſammlung zu ſprengen*. Und ſo war es auch. Mit Meſſern, Schlagringen, Stinkbomben, Feuerwerkskörpern und ähnlichen geiſtigen Waffen kamen ſie unter der Leitung von Horſt Orſech und *Fritz Heckert*, der *extra aus Berlin* herbeigeeilt war. Es waren ihrer nicht viele, etwa 150 bis 200, unter insgeſamt 2000 Verſammlungsbeſuchern. Aber ſie hatten die Stoßtrupps gut eingeteilt und ſo gelang es ihnen, einen Erfolg, allerdings einen ſehr traurigen, zu erzielen. Genoſſe Dißmann ſprach ruhig und ſachlich, aber gerade das empörte die Ruheſtörer. Erſt kamen einzelne Zwiſchenrufe, dazwiſchen Pfeifen und Johlen, und nach einer Weile explodierte auch ein Feuerwerkskörper. Trotzdem gelang es jedoch Genoſſen Dißmann, ſich dreiviertel Stunden lang leidlich Gehör zu verſchaffen. Dann aber ließen ſich die Sprengkolonnen nicht mehr zurückhalten. Pfeifen, Schreien, Hochrufe auf Rußland, Exploſionen von Feuerwerkskörpern, Geſang der „Internationale" wechſelten in bunter Reihenfolge ab. Zeitweilig erinnerte das Bild an den Karneval. Nachdem das Treiben eine halbe Stunde gedauert hatte, mußte Dißmann ſeine Ausführungen vorzeitig abbrechen und die Verſammlungsleitung ſchloß darauf die Veranſtaltung. Das brachte die Radaugeſellſchaft in die höchſte Raſerei. Ihre Führer gaben das Zeichen zum *Angriff auf die Rednertribüne*. Doch die Verſammlungsleitung hatte das vorausgeſehen, die Tribüne war abgeſperrt. Nur einem der Aufgehetzten war es im Gedränge gelungen, auf die Rednertribüne vorzudringen. Kaum hatte er ſie erreicht, als er mit einem langen, gezückten Dolch von rückwärts auf den mit einigen Freunden ſprechenden Genoſſen Dißmann zuging, um ihn auf dieſe Weiſe zu „widerlegen". Nur dem Dazwiſchenſpringen mehrerer Genoſſen war es zu verdanken, daß Genoſſe Dißmann nicht dieſem kommuniſtiſchen Mordbuben zum Opfer fiel. Noch andere, gleichfalls bewaffnete Kommuniſten verſuchten nach der Rednertribüne vorzudringen; mehreren von ihnen wurden Schlagringe und Gummiknüttel abgenommen. Als dem Vorſitzenden der Frankfurter Kommuniſten, Horſt Orſech, Vorhaltungen deswegen gemacht wurden, billigte er es ausdrücklich, auch die Tat ſeines dolchbewaffneten Parteigenoſſen fand ſeinen Beifall.

Das Frankfurter „Volksrecht" ſchließt ſeinen Bericht folgendermaßen: „Der geſtrige Tag war *ein ſchwarzer Tag in der Geſchichte der Frankfurter Arbeiterbewegung*. Soweit iſt es alſo ſchon gekommen, *daß Klaſſengenoſſen gegen Klaſſengenoſſen* mit Dolchen und Meuchelmord ankämpfen. Wahrlich, die Kapitaliſtenklaſſe braucht angeſichts ſolcher Selbſtzerfleiſchung nicht zu zittern um den Verluſt ihrer Privilegien. Aber vielleicht mußte es erſt ſoweit kommen, damit endlich auch denen die Augen aufgehen, die ſich bisher durch den kommuniſtiſchen Phraſenſchwall haben betören laſſen. Wenn die geſtrigen tieftraurigen Vorkommniſſe dieſen einen Erfolg haben ſollten, dann wäre das freudigſt zu begrüßen. Jeder rechtſchaffene Arbeiter aber, dem es ehrlich darum zu tun iſt, die Einheitsfront des revolutionären Proletariats herzuſtellen, der wendet ſich mit Verachtung von ſolchem Tun und Treiben ab. Die Kommuniſten haben den Wahlkampf auf ihre Art eröffnet. Jeder Arbeiter muß nach dieſem Vorfall wiſſen, wo er hingehört."

Das Bild wäre nicht vollſtändig, wenn man ſich nicht daran erinnerte, daß etwa zu gleicher Zeit die *Münchener Kommuniſten* Vereinigungsfeſte mit dem nationaliſtiſchen Bürgertum feiern. Gegen die eigenen Klaſſengenoſſen den Dolch, für die Feinde des Proletariats der Bruderkuß: Soll ſo die Einheitsfront ausſehen, zu der die Kommuniſten aufrufen?

Rechtsſozialiſten und Spitzelfonds

Kürzlich hat der Reichstag den unabhängigen Antrag auf Erhöhung der Renten für Kriegsbeſchädigte mit der Begründung abgelehnt, daß für dieſe Zwecke *kein Geld* vorhanden ſei. Selbſt die Rechtsſozialiſten haben dieſe Begründung gutgeheißen, ja, ihr Redner hat ſie ſogar als erſter in die Debatte geworfen. Dieſes Verhalten iſt um ſo verurteilenswerter, als ſich in den Forderungen der Regierung ſtets außerordentlich große Summen befinden, an denen wirklich geſpart werden könnte. Denn Forderungen für die Agrarier, für Zwecke der Induſtrie und des Handels, für Heer und Marine werden ſtets bewilligt, ohne Rückſicht darauf, ob Mittel vorhanden ſind oder nicht.

Ein ganz kraſſes Beiſpiel dieſer Art boten die Verhandlungen über den Etat des Reichswehrminiſteriums. Unerhörte Summen für überflüſſige Offiziere, Pferde, Brieftauben, und den kleinen Kreuzer wurden bewilligt. Ferner aber auch ein Betrag von 4 Millionen Mark, der im Etat als „Ausgabe für beſondere Zwecke" erſcheint, und ausſchließlich zur Verfügung des Reichswehrminiſters ſteht, dem auch die alleinige Prüfung über die Verwendung dieſer Summe obliegt. Durch dieſe Angaben über die Verwendung dieſes Betrages, insbeſondere durch die Ausſchließung jeder Kontrolle, iſt der deutliche Beweis erbracht, daß es ſich um Zwecke handelt, die die öffentliche Kritik zu ſcheuen haben.

Die *Unabhängige Fraktion* hat deshalb den Antrag geſtellt, dieſe Summe vollſtändig zu *ſtreichen*. Für dieſen Antrag aber ſtimmten nur die Unabhängigen und die Kommuniſten. Die bürgerlichen Parteien, unterſtützt von den Rechtsſozialiſten, ſtimmten geſchloſſen *gegen* dieſen Antrag.

Bei den bürgerlichen Parteien iſt dieſe Stellungnahme verſtändlich. Sie brauchen die Korruption, ſie brauchen die Spitzel, um das Märchen von der gewaltſamen Bedrohung der Republik aufrechterhalten zu können. Daß aber auch die Rechtsſozialiſten gegen dieſen Antrag ſtimmten, zeigt, daß ſie noch immer ihre *Hauptaufgabe in der Unterſtützung dieſes verderblichen Noske-Militarismus* ſehen. Die Quittung dafür muß ihnen am 20. Februar ausgeſtellt werden.

Abbruch des pfälziſchen Milchſtreiks. Wie die „Pfälziſche Poſt" meldet, hat die freie Bauernſchaft den Milchſtreik nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Der Landtag zu den Ententeforderungen

Geſtern trat im Abgeordnetenhauſe der ſtändige Ausſchuß zuſammen, der von der preußiſchen Landesverſammlung nach der Verfaſſung gebildet iſt, um während der Vertagung des Hauſes die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Dieſer Ausſchuß ſoll in dringenden Fällen in Gemeinſchaft mit der Regierung Notverordnungen erlaſſen, wenn ſie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder zur Beſeitigung eines Notſtandes erforderlich werden.

Zu Beginn der Sitzung legte der Präſident dieſem Ausſchuß eine Erklärung vor, die ſich mit den Forderungen der Entente beſchäftigte. Nach Zuſammentritt der Mehrheitsparteien verlas der deutſchnationale Abgeordnete Herr v. Kries folgende Willensmeinung:

Die unerhörten Forderungen, die dem deutſchen Volke von den Alliierten in der Wiedergutmachungsfrage zugemutet worden ſind, haben den entrüſteten Widerſpruch aller Kreiſe des Volkes gefunden. Die preußiſche Volksvertretung ſchließt ſich dem in vollem Maße an. Was mit den Lebensmöglichkeiten des deutſchen Volkes vereinbar iſt, muß den übernommenen Verpflichtungen entſprechend für die Wiederherſtellung der durch den Krieg verwüſteten Gebiete geleiſtet werden; darüber hinaus aber kann keinem Volke zugemutet werden, ſich freiwillig in die Sklaverei zu begeben. Dieſe Erniedrigung weiſt das deutſche Volk von ſich, zumal es damit zugleich ſeine Kinder und Kindeskinder zu einem Sklavendaſein verurteilen würde. Die preußiſche Volksvertretung erwartet von der Reichsregierung, daß ſie ihren ablehnenden Standpunkt unerſchüttert beibehält und fordert in dieſer ernſten Stunde, in dem es ſich um Sein oder Nichtſein des deutſchen Volkes handelt, alle Kreiſe des Volkes auf, in der Abwehr dieſer unmöglichen Forderungen der Entente geſchloſſen zuſammenzuſtehen.

Dieſe Erklärung vermied ſorgfältig eine Stellungnahme zur Entwaffnungsfrage, ſie beſchränkte ſich auf die wirtſchaftlichen Forderungen, um ſo die größere „Einheitlichkeit" zu erzielen. Nach Verleſung des Inhalts nahm der einzige Vertreter der Unabhängigen im Ausſchuß, Abgeordneter Leid, das Wort und verlas folgende

Erklärung:

Meine Partei hat ſtets den Standpunkt vertreten, daß die wirklich verübten Kriegsſchäden wieder gutgemacht werden müſſen. Die von der Entente aufgeſtellten Forderungen halten wir für das geſamte Wirtſchaftsleben in Deutſchland und anderen Ländern für verhängnisvoll und ihre reſtloſe Erfüllung für unmöglich. Die Arbeiter nicht nur in Deutſchland, ſondern auch in anderen Ländern würden unter dieſer kapitaliſtiſchen Bereicherungspolitik, die auch in Deutſchland oberſtes Geſetz iſt, am ſtärkſten leiden.

Angeſichts des Klaſſencharakters unſerer Geſellſchaftsordnung iſt der Appell an die Einigkeit des Volkes nur geeignet, die nationaliſtiſchen Tendenzen zu ſteigern, die zu dem unſeligen Krieg geführt haben. Wir erwarten, daß die Regierung Vorſchläge macht, die die Wiedergutmachungsfrage im Rahmen des Möglichen zu löſen verſuchen, und fordern, daß die Regierung ihre poſitiven Vorſchläge in den Verhandlungen mit der Entente in London vertritt. Was die Entwaffnungsfrage betrifft, ſo haben wir ſtets die Entmilitariſierung aller Einwohnerwehren und anderer konterrevolutionärer Organiſationen verlangt.

Wir verwahren uns auf das Entſchiedenſte dagegen, daß die Entwaffnungsfrage von neuem aufgeworfen wird und halten feſt an unſerer Forderung der ſchleunigen Entwaffnung der Orgeſch und der anderen illegalen Formationen. Allen dieſen nationaliſtiſchen und militariſtiſchen Tendenzen ſehen wir die Solidarität der Arbeiterklaſſe, national und international gegenüber.

Wir vertrauen darauf, daß dieſe Solidarität der Arbeiterklaſſe eine ſolche Stärkung erfährt, daß an Stelle des kapitaliſtiſchen Geſellſchaftsſyſtems ein ſozialiſtiſches geſetzt wird, um der Bereicherungspolitik der herrſchenden Klaſſen in allen Ländern ein Ende zu bereiten.

Die Vertreterin der Kommuniſtiſchen Partei, Frau Abg. Arendſee, beſchränkte ſich für ihre Partei auf die Wiedergabe einer Erklärung, welche ihre Parteifreunde in Württemberg abgegeben hatten und die in der geſtrigen Nummer der „Roten Fahne" abgedruckt war.

An die Erklärungen knüpfte ſich keine Debatte. Der Präſident erklärte, daß der Ausſchuß in ſeiner Mehrheit ſich auf den Boden des erſtmitgeteilten Proteſtes geſtellt habe.

*

In Erledigung ſeiner übrigen Tagesordnung ſtimmte der ſtändige Ausſchuß dem vom Beſoldungsausſchuß angenommenen Beſoldungsplan für die Beamten zu, damit die darin feſtgeſetzten Gehälter zur Auszahlung gelangen können. Eine längere Debatte entſpann ſich über ein Schreiben der Staatsregierung, in dem eine gutachtliche Aeußerung über die für die Regierung geltende Geſchäftsordnung gewünſcht wird. Die Sachlage iſt folgende: In der proviſoriſchen Verfaſſung war beſtimmt, daß die Regierung ihre Beſchlüſſe durch Mehrheit faßt und daß bei Stimmengleichheit der Miniſterpräſident den Ausſchlag gibt. Im Ausſchuß für die endgiltige Verfaſſung iſt die Beſtimmung über die Geſchäftsordnung geſtrichen worden. Die Regierung iſt der Meinung, daß eine Lücke vorhanden iſt, die ein Gutachten des Ausſchuſſes beſeitigen ſoll. Die Meinungen im Ausſchuß ſind ſehr geteilt. Während die einen meinen, daß die Regierung frei ſei und ſich ſelber eine Geſchäftsordnung geben könne, da auch der Ausſchuß materiell ſich gar nicht äußern könne, wird von anderer Seite Wert auf eine Erklärung gelegt, um die Regierung arbeitsfähig zu machen. Insbeſondere wird als ſtrittig betrachtet, ob der Miniſterpräſident bei Stimmengleichheit den Ausſchlag geben könne oder nicht. Bisher beſtand der Brauch, daß bei Stimmengleichheit der Miniſterpräſident die Entſcheidung herbeiführte. Dieſes Zweiſtimmenrecht des Miniſters wird angefochten mit dem Hinweis, daß die betreffende Beſtimmung in der Verfaſſung geſtrichen worden ſei.

Schließlich wird mit Mehrheit gegen die Stimmen der ſozialiſtiſchen Fraktionen beſchloſſen, es bei dem bisherigen Stande zu belaſſen, mit der Einſchränkung, daß der Miniſterpräſident kein Zweiſtimmenrecht habe.

Eine andere Frage bezog ſich auf die Beſoldungsverhältniſſe der katholiſchen Geiſtlichen. Am letzten Sitzungstage hatte das Plenum durch Herbeiführung der Beſchlußunfähigkeit des Hauſes verhindert, daß die vom Hauptausſchuß beſchloſſene Einführung der Gehälter der Geiſtlichen zum Beſchluß erhoben wurde. Die Regierung wollte nun vom Ausſchuß die Sanktion haben, die Auszahlung der erhöhten Gehälter der Geiſtlichen übernehmen zu dürfen. Dagegen wendten ſich die Redner der Unabhängigen und auch die der Rechtsſozialiſten. Genoſſe Leid erklärte, daß der Ausſchuß die ihm zugemutete Aufgabe gar nicht habe. Der Ausſchuß habe kein Recht, Geſetze und Beſchlüſſe auszulegen, er dürfe gar nicht materiell in die Sache eintreten. Das Zentrum und die Deutſchnationalen machten alle Anſtrengungen, den Geiſtlichen die höheren Gehälter zu verſchaffen, die zum Teil ſogar ſchon ausgezahlt ſind; ſie fielen aber herein, weil bei der Abſtimmung die Demokraten für den von den Rechtsſozialiſten geſtellten Antrag mitſtimmten, in eine Beſchlußfaſſung nicht einzutreten.

Fragen und Antworten!

Wer hetzte uns in das Stahlbad des Weltkrieges und damit in das heutige Elend?

Die unfähige kaiſerliche Regierung, deren Männer (Helfferich, Ludendorff, Hergt, Reventlow) ſich im November 1918 in die Mauſelöcher verkrochen und die heute wieder die Oeffentlichkeit mit ihrem Revanchegeſchrei erfüllen und den alten verderblichen Einfluß wieder zu gewinnen trachten.

Wer ſorgte für eine immer größere Ausdehnung dieſes entſetzlichen Krieges, wer hetzte uns Amerika auf den Hals?

Die Männer von rechts mit ihrem alldeutſchen Geſchrei, ihrer maßloſen Selbſtüberſchätzung, ihrer Unterſchätzung aller anderen.

Wer verſchlimmerte den Krieg durch die Anwendung grauſamer Kampfmittel? Wer deportierte die belgiſchen, franzöſiſchen und polniſchen Zivileinwohner zur Zwangsarbeit nach Deutſchland? Wer hat durch ſinnloſe Zerſtörungen im Kriegsgebiete, Mißhandlungen an Zivilbewohnern und Kriegsgefangenen uns in den Ruf des Barbarentums gebracht und uns alle Völker der Erde zu Feinden gemacht?

Die Militariſten und ihre Freunde, die ehemaligen Konſervativen und heutigen Deutſchnationalen und die Parteigänger der Deutſchen Volkspartei.

Wer verhinderte einen rechtzeitigen Friedensſchluß und damit eine Abkürzung des entſetzlichen Kriegselends?

Die alldeutſchen Generale, die ſpäteren Kappiſten und heutigen Orgeſch-Häuptlinge im Verein mit den Deutſchnationalen Heimkriegern und Zeitungshetzern.

Wer unterſtützte dieſe nationaliſtiſchen Verbrecher direkt oder indirekt?

Die ſämtlichen übrigen bürgerlichen Parteien und die Rechtsſozialiſten, die durch ihre Zuſtimmung zu den Kriegskrediten, durch ihre ſchwächliche Haltung und durch die Unterſtützung der amtlichen Lügen den Kriegstreibern die Steigbügel hielten.

Wer hat von Anfang an energiſch und konſequent die Kriegspolitik bekämpft. Wer iſt immer für einen ſchleunigen Abſchluß des Krieges eingetreten, der uns vor der heutigen Kataſtrophe bewahrt hätte?

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratiſchen Partei, die ſchon im Kriegsanfang in ſchärfſter Oppoſition zu der Sozialdemokratiſchen Parteileitung ſtanden, in den Parlamenten die kaiſerliche Politik entlarvten, auf alle jene Folgen hinwieſen, unter denen wir heute leiden und die in allen Fällen von den Kriegsmachern aller Schattierungen verlacht, verhöhnt und beſchimpft wurden.

Wer iſt daher ſchuld an den harten Friedensbedingungen, an den unerfüllbaren Forderungen, die die Entente heute an Deutſchland ſtellt?

Die alldeutſchen Kriegshetzer, das Hohenzollerntum, die Generale, die Schwerinduſtrie und ihre Handlanger im ſcheinſozialiſtiſchen Lager.

Wer iſt ſchuld, daß die militariſtiſchen, alldeutſchen Kataſtrophenpolitiker, die die Volkswut im November 1918 zum Teufel gejagt hatte, wieder frecher denn je auftreten und einen erheblichen Teil ihrer alten Macht wiedergewonnen haben?

Die Rechtsſozialiſten, die die verräteriſche Arbeit der Noske, Heine, Landsberg, Südekum ſtets unterſtützt haben und ſie noch heute billigen. Die den kaiſerlichen Militarismus wieder zu neuem Leben entfachten und auch die Grundlagen für die Orgeſch und die Einwohnerwehren geſchaffen haben.

Wer iſt ſtets tatkräftig und umſichtig für die Intereſſen des revolutionären Proletariats eingetreten, ſei es innerhalb oder außerhalb der Parlamente? Wer hat uns im Sommer 1919 vor einem neuen Krieg und vor dem Hohenzollerntum, das ſchon im Hintergrund auf der Lauer lag, gerettet?

Die Unabhängige Sozialdemokratiſche Partei, die dem Nationalismus geſchloſſen entgegentrat und den rechtsſozialiſtiſchen Reformismus ebenſo entſchieden ablehnte wie die unſinnige Putſchtaktik der Kommuniſten.

Arbeiter! Proletarier! Männer und Frauen! Denkt daran! Am 20. Februar bei den Preußenwahlen gilt es, daraus die Lehre zu ziehen. Die Wahlen in Preußen ſind von größter Bedeutung für die zukünftige Entwicklung im ganzen Reich. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, alle diejenigen, die im Kriege gelitten haben und die heute noch am ſchwerſten unter den Folgen des Krieges leiden, ſie alle müſſen am 20. Februar ihr Wahlrecht ausüben. Wer nicht wählt oder ſeine Stimme einer anderen Partei gibt, als derjenigen, die den Kapitalismus und den Monarchismus am zielbewußteſten bekämpft, der macht ſich mitſchuldig an der weiteren Rechtlosmachung und der ſchließlichen Wiederverſklavung des Proletariats.

Die Revolution iſt noch nicht beendet! Sie wird weiter gehen bis zum endgültigen Erfolg für das geſamte Proletariat. Dazu bedarf es der energiſchen Anſpannung aller Kräfte, jeder einzelne Arbeiter, jede werktätige Frau, alle Angeſtellten und Beamten, die ebenſo wie die Handarbeiter immer tiefer im Elend verſinken, müſſen mithelfen an dieſem großen Werke.

Am 20. Februar gilt es, der Reaktion eine Niederlage zu bereiten. Sie darf ſich nicht in Preußen feſtſetzen, um aus ihm den alten Zuchthausſtaat zu machen. Nicht der Geiſt Potsdams, nicht der Geiſt der Kaſernenhöfe ſoll fürderhin in Deutſchland triumphieren, ſondern der Geiſt Fichtes und Goethes, der Geiſt von Marx und Engels der Geiſt der ſozialiſtiſchen Weltanſchauung.

Nur noch wenige Tage trennen uns von den Wahlen. Nützt die Zeit! Werbt und ſorgt für den Sieg der

Unabhängigen Sozialdemokratie!

Wahlaufregung

Entlaſſung eines reaktionären Beamten

Je näher der Wahltag herankommt, deſto gekünſteltere Formen nimmt die Aufregung der reaktionären Preſſe an. Jetzt entrüſtet ſie ſich über die vom Miniſter Severing verfügte Entlaſſung des bisherigen Inſpekteurs der Schutzpolizei, des Geh. Regierungsrates von Priesdorf. Es wird behauptet, daß dieſer Beamte große Sympathien beſitze, und daß es wegen ſeiner Entlaſſung innerhalb der Beamtenſchaft der Schutzpolizei zu Konflikten kommen werde. Die Entlaſſung des Herrn v. Priesdorf ſei nur erfolgt, weil er militäriſche Uebungen abhielt, gegen die die Entente proteſtiert habe.

Offiziös wird dazu erklärt, daß die Entlaſſung deswegen erfolgt ſei, weil Herr v. Priesdorf erſtens ſeiner Aufgabe, die Sicherheitspolizei zu reorganiſieren, nicht gewachſen geweſen ſei. Er ſei andauernd herumgereiſt und in der ſchwierigſten Zeit des Neuaufbaues der Sicherheitspolizei habe er ſich auf Urlaub begeben. Schon aus dieſem Grunde ſei der Miniſterialrat Dr. Abegg für die Reorganiſation der Polizei berufen worden. In ſeiner neuen Stellung als Inſpekteur der Sicherheitspolizei habe er Manipulationen mit Geldern vorgenommen, für die er keine genügenden Aufklärungen geben konnte.

Zweitens habe ſich Herr v. Priesdorf eines ſchweren Vertrauensbruches ſchuldig gemacht. Als man in der preußiſchen Landesverſammlung über den Etat der Schutzpolizei verhandelte, ſchrieb er hinter dem Rücken des Miniſters Briefe an die Führer der Deutſchen Volkspartei und der Deutſchnationalen, worin er die Auffaſſung des Miniſters bekämpfte. Auch auf ſeinen Beſichtigungsreiſen habe er die Mannſchaften gegen den Miniſter aufgewiegelt. Priesdorf habe in perſönlicher Hinſicht bei den Truppen keine Achtung genoſſen. Monatelang habe man die größte Nachſicht an den Tag gelegt, jetzt aber ſei es unmöglich, ihn noch länger zu halten. Er werde durch die Kündigung nicht brotlos, ſondern er trete in das Reichsfinanzminiſterium zurück, dem er früher angehört hatte.

Daß ſich auch die demokratiſche „Morgenpoſt" an dem Entrüſtungsrummel beteiligt, nimmt bei dem Charakter dieſes Blattes kein Wunder. Das reaktionäre Zeitungsgeſchmeiß würde kein Wort verlieren, wenn es ſich in dieſem Falle um den Angehörigen einer ſozialiſtiſchen Partei gehandelt hätte. Es findet es auch ganz in der Ordnung, daß hunderttauſende von Arbeitern monatelang arbeitslos auf der Straße liegen und mit ihren Familien im Elend verkommen. Nur wenn einer ihresgleichen etwas härter angefaßt wird, als man es in dieſen Kreiſen ſonſt gewöhnt iſt, entſteht ein großes Geſchrei. Dabei wird Herr von Priesdorf noch nicht einmal brotlos gemacht, ſondern er kann trotz ſeiner Vergangenheit auf Koſten der Allgemeinheit weiter fröhlich leben!

Krach im Danziger Volkstag

Die Linke verläßt das Parlament

Danzig, 8. Februar.

Die erregten Auseinanderſetzungen, die am letzten Donnerstag zur Sprengung der Plenarverſammlung des Danziger Volkstages geführt haben, wurden in der heutigen Vollſitzung fortgeſetzt. Es ſtand wieder die Frage zur Erörterung, ob das vom Danziger Parlament in Benutzung genommene Generalkommando dem Oberkommiſſar General Haking zu Wohnzwecken überlaſſen werden und das Danziger Parlament in ein anderes Haus einziehen ſoll. Da es in der letzten Sitzung beinahe zu Tätlichkeiten gegen den Senator Schümmer gekommen war, hatte der Senat erklären laſſen, erſt dann wieder Mitglieder der Regierung zu den Vollverſammlungen des Parlaments entſenden zu wollen, wenn für deren perſönliche Sicherheit Gewähr geleiſtet wird. Die Linke proteſtierte gegen dieſes Verhalten der Regierung und forderte durch Anträge das ſofortige Erſcheinen von Regierungsvertretern. Da die Anträge von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden, verließen die Mehrheitsſozialiſten, die Unabhängigen, die Kommuniſten und die Polen demonſtrativ den Verhandlungsſaal.

Das zurückbleibende Rumpfparlament beſchloß ſodann die Räumung des Generalkommandos, um es dem General Haking zur Verfügung zu ſtellen. Kurz vor Schluß der Sitzung wurde Geheimrat Dr. Follmann, Berlin, zum Senator der Finanzen für die freie Stadt Danzig von den bürgerlichen Parteien unter Abweſenheit der Linken einſtimmig gewählt.

Hinausſchiebung der Wahlen zu den preußiſchen Landwirtſchaftskammern. Der preußiſche Landwirtſchaftsminiſter hat, wie der „Dena" von zuſtändiger Stelle mitgeteilt wird, verfügt, daß die Wahlen zu den Landwirtſchaftskammern nicht am 27. Februar, ſondern am 20. März 1921 ſtattfinden. Die Friſt für die Einreichung der Wahlvorſchläge iſt bis zum 5. März verlängert worden.

Japaniſche Spende für deutſche Kinder. An amtlicher Stelle iſt eine Nachricht aus Tokio eingegangen, der zufolge Herr Motoyama, der Beſitzer zweier der geleſenſten japaniſchen Blätter, der „Tokio Nitſchi Nitſchi" und der „Oſaka Mainitſchi", für die deutſche Kinderhilfe einen Betrag von 300 000 M. zur Verfügung geſtellt hat.

Neue griechiſche Offenſive in Kleinaſien. Nach italieniſchen Meldungen aus Smyrna wird von griechiſcher Seite in Kleinaſien eine neue Offenſive mit über 70 000 Mann organiſiert. Die Türken machen große Vorbereitungen, um der griechiſchen Armee Widerſtand leiſten zu können. Nach Informationen aus dem kemaliſtiſchen Lager beabſichtigen die Türken, wenn die griechiſchen Truppen bei der bevorſtehenden Offenſive Erfolge erringen ſollten, ſich ins Innere zurückzuziehen und weiteren Widerſtand vorzubereiten.

Aus der Partei

Ein neuer Kämpfer

Vom 1. Februar ab erſcheint in Berlin unter der Redaktion der Genoſſen Martow und Abramowitſch das Organ der Auslandsdelegation der Sozialdemokratiſchen Arbeiterpartei Rußlands „Sozialiſtitſcheski Weſtnik" (Sozialiſtiſcher Bote). Die erſte Nummer dieſes zweiwöchentlich erſcheinenden Organs enthält neben reichhaltigem Nachrichtenmaterial aus Rußland Artikel über Oekonomie und Politik in Sowjetrußland, den Wiederaufbau der Internationale, die Kriſe des internationalen Sozialismus uſw. Da es der ruſſiſchen Sozialdemokratie ſchon ſeit längerer Zeit unmöglich geweſen iſt, in Sowjetrußland ein Organ herauszugeben, dürfte das jetzt erſcheinende Blatt weſentlich dazu beitragen, die Kenntnis der ruſſiſchen Parteiverhältniſſe und der Zuſtände in Sowjetrußland zu fördern.

Zur Wiener Konferenz

Wie uns mitgeteilt wird, ſind als Delegierte der Sozialdemokratiſchen Arbeiterpartei Rußlands zur Wiener Konferenz folgende Genoſſen nominiert: R. Abramowitſch, P. Axelrod, Eva Broido und L. Martow.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inſeratenteil: Ludwig [illegible], Karlshorſt. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße [illegible].

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ U.: **Maria Magdalene**

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr:
VI. Sinfonie-Konzert
Schauspielhaus
7 Uhr:
Torquato Tasso

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
6½ Uhr: Faust I.
Kammerspiele
7½ U.: Die Büchse der Pandora
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Florian Geyer
(2. Abteilung, 2. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.
½8 Uhr: Der Vater
(Lucie Höflich, Ludwig Hartau)
Donnerst.: Jekaterina Iwanowna
Freitag: Der Vater

Komödienhaus
½8 U.: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg
Sonnabend zum 1. Male:
Das weiße Lämmchen
Schwank von Hans Saßmann
mit Max Pallenberg
(Leonhard Haskel, Emmy Sturm, Heinz Stieda, Olga Engl, Eva Brock, Frieda Lehndorff)
Stg. nachm.: Herr Minister

Berliner Theater
½8: Die spanische Nachtigall
mit Fritzi Massary
Hans Waßmann, Emmy Sturm, Julius Brandt, Reinhold Pasch, Olga Engl
Stg. nachm.: Der letzte Walzer

Trianon-Theater
Heute letzte Aufführung!
7½ Uhr: Carl Clewing in
Kammermusik
Morgen 7½ Uhr zum 1. Male:
Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf
Tragikom. von Eduard Stucken

Residenz-Theater
Täglich 7¼ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Arnstädt, Sandrock, Tocke, Koroff, Falkenstein, Otto, Wameloki.)

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn

Theater am Nollendorfplatz
3 Uhr nachm.: Die Walküre
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht…
Stg. nachm. Der Zigeunerbaron.

Theater a. Kottbuser Tor.
Kottbuser Straße 6-7.
Tägl. 7½ u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Zum Schluß „Der Kriegsgewinnler."
Nachm. halbe Pr.!
Vorv. 11-1½ u. 4-6 a. d. Tageskasse u.
Leipz. Str. 31 Spitz-Kolonnad.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
7½ U.: **Ein idealer Gatte**
(Durieux, Götz, Loos)
Donnerstag 7½: Flamme (Dorsch)
Freitag bis Montag 7½ Uhr:
Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)
Sonnabend 3 U.: Letzte Kindervorstellung: Fitzlifiz

Rose-Theater
7½ Uhr:
Deserteure

Thalia-Theater
Täglich 7¼ Uhr:
Mascottchen

¼8 **Casino-Theater** ¼8
Der Großfürst
Stg. 3½ Uhr: Eine fidele Ehe

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: **Gala-Sänger**

½8 **Folies Caprice** ½8
am Oranienburger Tor
Der Doppelgänger
Der schlaue Theophil
mit Ferd. Grünecker.

7½ **Apollotheater** 7½
Sensations-Ausstattungsschau
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet

Behrenstraße 54.
Allabendlich 7¼ Uhr
Der lustige Spielplan

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
neben Residenz-Theater
Tägl. **Gr. Ball**
für die ältere Jugend
auch Sonntags

SCALA
LUTHERSTRASSE
DIE VARIÉTÉ-BÜHNE 7³⁰

NEUE WELT
Arnold Scholz,
Hasenheide 108/114
Heute Mittwoch, den 9. Februar
Großer Tag
bayr. Bierfest
Anfang 6 Uhr:
5 Kapellen / 30 bayr. Madl
Morgen Donnerstag, 9. Febr.
Gr. Schweineschlachten.

Thalia-Theater Dresdener Str. 72 / Untergrundbahn: Inselbrücke
Gastspieldirektion: Walter Bromme

Täglich 7¼ Uhr: Der große Operetten-Erfolg

Mascottchen

Operette in 3 Akten von Okonkowski und Steinberg
Musik von
Walter Bromme
Mitwirkende:
Hilde Wörner
Johannes Müller **Elli Kreith**
Emil Birron **Fritz Beckmann**

Ausschneiden!

Sonder-Vergünstigung für die Abonnenten der „Freiheit"

Sperrsitz	3 Mk.	Park.-Fauteuil I	13 Mk.
Balkon	6 Mk.	Rang-Logen (Seite)	10.—
Parkett	7.50	Orchester-Fauteuil	17.—
Parkett-Fauteuil	10.—		

(einschließlich Lustbarkeitssteuer)
Gültig für 1—6 Personen
bis 28. Februar (außer Sonntags)
Originalkarten am Tage der Vorstellung von 10—2 und ab 6 Uhr an der Theaterkasse

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen und leichtesten Bedingungen. — Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichstr. (Nr. 105) Norden 10621

Die gute
MASSARY
Zigarette
Urteilen Sie selbst!

Schon seit langem

werden unsere Fabrikate wegen ihrer anerkannt guten Eigenschaften im Volksmunde

die guten MASSARY Zigaretten

genannt.

Darum bleibt unser Grundsatz:
GUTE WARE,
EINFACHE AUSSTATTUNG!

Wer bezahlt die Ausstattung?

In dieser Frage liegt die Antwort: Luxuspackungen stellen eine Belastung dar, die die Qualität der Zigaretten wesentlich beeinflußt. Mit Rücksicht darauf sind unsere neuen Packungen schlicht gehalten, aber doch von eigenartig künstlerischem Gepräge, das den verwöhntesten Ansprüchen genügen wird.

Urteilen Sie selbst!

Aus oben angeführten Gründen sind wir in der angenehmen Lage, unsere beliebten Marken

Massary „Classe" 30 ₰
Massary „Caid" 40 ₰
Massary „Roal" 50 ₰

auch weiterhin
Zu alten Preisen
bei immer gleich guten Qualitäten auf den Markt zu bringen.

MASSARY
Zigarettenfabrik.

KON LINON

Spez.-Beh. nur für **Ischias** im Hüft., Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen beseit. w., hierüber unanfechtb. Heilerf. besteh. u. Referenzen. Invalidenstr. 168, von 9—3. **Jacoby**

Quecksilber, Zinn
kauft Neue Hochstraße 38.
Telephon: Humboldt 2779.

Kaufe noch immer
alte und neue Roßhaare und Metallabfälle. J. Denn, Münzstraße 6. Sonnabends von 6—8 Uhr geöffnet.

Säle für Versammlungen, 50—300 Personen
Gute Verpflegung :: Hackescher Hof,
Rosenthaler Str. 40/41 :: Norden 2215

Todesanzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere unvergeßliche gute Mutter

Frau Elise Berndt
geb. Liedtke

nach kurzem, schwerem Leiden am Montag, den 7. Februar d. J. sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen
Paul Berndt nebst Kinder.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 11. 2. 1921 im Krematorium Berlin-Treptow, Baumschulenweg, statt.
Kranzspenden dankend verbeten.
Fahrverbindung Stadtbahnh. Baumschulenweg.

Die Beleidigung gegen die Personen Herrn Herm. Petersen, N. 113, Stubbenkammer Str. 6, bei Gröber, Herrn Rudolf Töpfer, Herrn Eugen Wegler, b. Döring, Zelandstr. 5, Frl. Hedwig u. Frl. Margarete Döring, Zelandstr. 5, link. Stfl. I., Frau Hedwig Seldiger, geb. Wegler, Schivelbeiner Str. 2, vorn IV, b. Brenner, nehme ich zurück u. erkläre sie für anständige Leute. **Hans Engler**, Ueckermünder Str. 13, rechter Seitenflügel eine Treppe.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Bar- od. Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung.
Bürgl. Wohnungseinrichtgn
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

VEREINE
Verlosungsartikel
zu billigsten Preisen
Bazar Robert, Oranienstr. 13
Vorzeig. ds. Inserats 3½ Rab.

Händler! Händler!
Seife und Reinigungsmittel
sehr billig
Doppelriegel
2.70 Mark
Diehl, Kl. Frankfurt. Str. 13
Ecke Landsberger Str.

Glückwunsch-Karten
zur
Jugendweihe
in vornehmer Ausführung
Buchhandlung
„Freiheit"
Breite Straße 8—9
und in den „Freiheit"-Speditionen erhältlich.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:

Der Schleifer
Franz Gitte
am 6. d. Mts. Die Einäscherung findet am Freitag, den 11. d. Mts., vormittags ½10 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr., statt.

Der Arbeiter
Ernst Rückhardt
am 6. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Weißenseer Kirchhofes, Falkenberger Str., aus statt.

Der Hilfsmonteur
Otto Beerbaum
am 6. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags ½4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes, Wilhelmsberg, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
August Moldenhauer
am 31. Januar gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Donnerstag, den 10. Februar 1921, nachmittags ½5 Uhr, in den Comeniussälen, Memeler Straße 67

Vertrauensmännerkonferenz
der Vertrauensleute des 2. Bezirks.

Tagesordnung:
Fortsetzung der Konferenz vom 2. ds. Mts.

Die Ortsverwaltung.

Volks-Reise-Verband
Freitag, 11. Februar 1921,
in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstraße 15
Tirol in Wort u. Bild
Lichtbilder-Vortrag / Konzert / Rezitation
Eintritt 2 Mk. Anfang 7 Uhr
Karten sind zu haben: Parteibuchhandlungen; Sporthaus „Fichte", Köpenicker Str. 106; Stadtpanorama Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 8; bei den Mitgliedern; Geschäftsstelle des „VRV", Neukölln, Münchener Str. 53; a. d. Abendkasse

Geschäftsführer

Für unsere Parteizeitung wird für sofort oder später ein Geschäftsführer gesucht. In Frage kommen nur Herren mit gründlicher kaufmännischer und technischer Durchbildung, die Erfolge in der Inseraten-Propaganda aufweisen können und in der Lage sind, den noch sehr ausdehnungsfähigen Betrieb auszubauen. Bewerbungen mit Referenzen und Gehaltsforderungen unter dem Kennwort „Bewerbung" bis zum 20. Februar an die Verlagsgenossenschaft „Der Kämpfer", Stettin, Poststraße 34.

Ausschneiden!

Künstliche Höhensonne
Erfolgreichste Heilmethode bei
Lungenleiden, Auswurf, Husten, Nachtschweiß, Appetitlosigkeit, Stiche, Schwäche, Heiserkeit, Blutarmut, engl. Krankheit, Haarausfall
Bestes Kräftigungsmittel für Rekonvaleszenten
Ärztlich geleitete **Heilanstalt Dr. Andres**
Invalidenstraße 147, I. Etage, Ecke Bergstraße
Sprechstunden 10—12, 4—8 Uhr • Sonntags 10—12 Uhr
10.— Mark Ermäßigung
auf 10 Bestrahlungen bei Vorzeigen dieses Inserats

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreifen Prima Gummi 28 × 1½, von **48⁰⁰** bis Mk. 125.— Mk.
Garantie-Reifen . . . . von 70.— Mk. an
Gebirgsreifen, prima . . . . . . **80.—** Mk. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, Ia Gummi . . **16.50** Mk. bis 20.— Mk.
Karbid, Oel
AUTOREIFEN- und FAHRRAD-HAUS **„Nord-Ost"** Berlin, Elsasser Str. 89 am Rosenthaler Tor

Proletarische Jugend

Sammlung sozialistischer Jugendschriften
Soeben erschien Heft 1

Arbeiterjugend und sexuelle Frage

Zweite durchgesehene u. verbesserte Auflage
Von Hans Hackmack
Preis 2.50 Mk.

Buchhandl. „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8-9

Oeffentliche Wählerverſammlungen

Donnerstag, abends 7 Uhr:

7. Diſtrikt, 6. Abtlg. Schulaula Lithauerſtraße.

Freitag, abends 7 Uhr:

Heiligenſee a. H. Gaſthof Dorf-Aue.

Heinersdorf. Reſtaurant Lucke, Kaiſer-Wilhelm-Straße. Referentin: Genoſſin Seeger.

Neukölln. Die zu Donnerstag, 17. Februar angeſetzte öffentliche Frauenverſammlung, findet erſt am 19. Februar, mit der Genoſſin Wurm als Referentin, in der Aula des Kaiſer-Friedrich-Realgymnaſiums, Kaiſer-Friedrich-Straße 208/10, ſtatt.

Groß-Berlin

Berliner Stadtverordnetenverſammlung

Zu Beginn der geſtern ſtattgefundenen außerordentlichen Sitzung des Groß-Berliner Stadtparlaments widmete der Stadtverordneten-Vorſteher Dr. **Weyl** dem verſtorbenen Stadtrat Dr. **Biller** einen herzlichen Nachruf. Die Verſammlung ehrte den Verſtorbenen in der üblichen Weiſe.

Der Vorſteher gab dann das Urteil des Bezirksausſchuſſes bekannt, das die

Ungültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen

vorſieht. Ohne Debatte wurde beſchloſſen, gegen dieſes Urteil Beſchwerde beim Oberverwaltungsgericht einzulegen.

Zwei vorliegende Anträge, die bereits einem Ausſchuß zur Beſchlußfaſſung vorgelegen haben, betr. Kaution der Automatengasverbraucher werden dem Magiſtrat überwieſen.

Ein Antrag **Gäbel** und Gen. (V. K. P. D.) betr. Verſorgung der Bevölkerung mit Brennſtoffen, wird nach einer ausführlichen Begründung des Kommuniſten **R. Schmidt**, der Deputation für Kohle und Gas überwieſen.

Die Verſammlung trat dann in die Beratung eines von Dr. **Steiniger** und Gen. (Dnatl.) geſtellten Antrages, den Magiſtrat zu erſuchen, ihr baldigſt eine Nachweiſung der vorhandenen ſtädtiſchen Perſonenkraftwagen vorzulegen, aus welcher der oder die Benutzungsberechtigten, das Anſchaffungsjahr und der Anſchaffungspreis und die im letzten Rechnungsjahre aufgewendeten Betriebskoſten erſichtlich ſind, ein.

Dieſer Antrag wurde mit einem Zuſatzantrag der Kommuniſten nach kurzer Debatte einſtimmig angenommen.

Stadtverordneter Dr. **Weinberg** (U. S. P. D.) begründete dann einen von Dr. Weyl und Gen. (U. S. P. D.) geſtellten Antrag, den Magiſtrat zu erſuchen, bei den zuſtändigen Behörden wegen **beſchleunigter Einſetzung der auf Grund des Reichstumultſchadengeſetzes vom 12. Mai 1920 zur Entſcheidung über die Erſatzanſprüche zu bildenden Ausſchuſſes für Berlin vorſtellig zu werden.**

Genoſſe Dr. **Weinberg** verwies darauf, daß in zahlreichen Fällen Perſonen, die ſchon vor zwei Jahren durch Tumult geſchädigt worden ſind, ohne Entſchädigung ſind. Dieſer Zuſtand müſſe ſofort geändert werden. Er erſuchte deshalb um Annahme des geſtellten Antrages.

Nach kurzer Debatte wird dieſer Antrag einſtimmig angenommen. Einige Erweiterungsanträge der Kommuniſten werden dem Magiſtrat überwieſen.

Ein Antrag **Dr. Weyl** und Genoſſen (U. S. P. D.), der verlangt, daß der Magiſtrat es den **Leitern der Berliner Schulen** unterſagt, **Schulkinder zur Teilnahme an öffentlichen Sammlungen vom Schulunterricht zu befreien**, wird nach kurzer Debatte gleichfalls angenommen.

Dr. **Caſpari** (V.-P.) begründet dann einen Antrag ſeiner Fraktion, der **Magiſtrat möge unterſuchen, wie ein Stadtverordneter in den Beſitz von Akten des Magiſtrats gekommen iſt.** Dieſer Antrag wurde abgelehnt, dagegen ein von Stadtverord. **Claſus** (U. S. P. D.) eingebrachter Antrag angenommen, der beſagt, daß Mitglieder der Stadtverordnetenverſammlung jederzeit berechtigt ſind, Einſicht in die Magiſtrats-Akten zu nehmen.

Ein Antrag der Fraktion der Kommuniſten, der den Magiſtrat erſucht, in gemiſchter Deputation eine **Nachprüfung der nach § 54 des Geſetzes vom 27. April 1920 geltenden Gemeindebeſchlüſſe, Ortsſtatuten, allgemeinen Gewohnheitsrechte und Obſervanzen vorzunehmen**, um ein **einheitliches Gemeinderecht** zu ſchaffen, wird dem Magiſtrat als Material überwieſen.

Nachdem ein Antrag **Gäbel** (V. K. P. D.), die getroffene Anordnung auf **Ausgabe von Tribünenkarten und Sperrung der Rathauseingänge ſofort rückgängig zu machen**, gegen die Stimmen der Antragſteller abgelehnt worden war, wurde die Sitzung vom Stadtverordnetenvorſteher Dr. Weyl um 9,15 Uhr geſchloſſen.

Die neue Luſtbarkeitsſteuer

Der Steuerausſchuß der Stadtverordnetenverſammlung hat, wie ſchon berichtet, anſtelle der urſprünglich vom Magiſtrat vorgelegten Ordnung zur Beſteuerung der Luſtbarkeiten die Alt-Berliner Steuerordnung mit einigen Aenderungen und Ergänzungen angenommen, um die ganze Frage der Beſteuerung von Vergnügungen bis zum Erlaß der Muſterſteuerordnung des Reichs vorläufig zu regeln. Gleichwohl finden ſich in dieſer vorläufigen Steuerordnung einige weſentliche Aenderungen. Die wichtigſte iſt die bereits mitgeteilte Beſteuerung der Theater nach den Bruttoeinnahmen und nicht nach dem Kaſſenpreiſe der Theaterkarten. Dadurch wird den tatſächlichen Verhältniſſen und dringenden Anträgen der Berliner Bühnenleiter Rechnung getragen. Ferner iſt der Steuerſatz für teure Theaterplätze ermäßigt worden; er beträgt bei höherem Eintrittsgeld als 20 M. für jede weitere Mark nicht wie bisher 50 Pfg., ſondern 25 Pfg. Neu eingeſtellt iſt die Beſteuerung von muſikaliſchen Darbietungen in Weinreſtaurants. Sie beträgt bei einem Eintrittsgeld bis 1 M. 50 Pf., von über 1 M. bis 1,50 M. 70 Pf., von über 1,50—2 M. 90 Pf., und für jede weiteren 50 Pfg. je 20 Pfg. mehr. Für Zirkuſſe iſt die Steuer auf teure Plätze gleichfalls ermäßigt und zwar bei Plätzen für mehr als 10 M. je 30 Pfg., ſtatt bisher 50 Pfg. Sehr wichtig iſt die Beſtimmung, daß von der Steuer befreit nicht nur Berliner Unterrichtsanſtalten, ſondern auch Theater und Konzerte ſind, die mit Rückſicht auf ihren gemeinnützigen Zweck aus Mitteln der Stadt Berlin unterſtützt werden. In die vorläufige Steuerordnung nicht aufgenommen iſt die im Steuerausſchuß warm befürwortete ſtärkere Beſteuerung der Pferderennen und Wettſpiele. Die neue Luſtbarkeitsſteuerordnung ſoll 14 Tage nach der amtlichen Bekanntmachung im Gemeindeblatt in Kraft treten.

Die ſtädtiſchen Steuerpläne im Ausſchuß

Der Steuerausſchuß der Berliner Stadtverordnetenverſammlung beendigte geſtern in ſeiner Sitzung die zweite Leſung der Vorlage über die Grundſteuer. In der allgemeinen Ausſprache kam es zu einer lebhaften Debatte über die Beſteuerung bebauter und unbebauter Grundſtücke. Es wurde feſtgeſtellt, daß in den meiſten Groß-Berliner Gemeinden bisher der unbebaute Grundbeſitz doppelt ſo hoch wie der bebaute, beſteuert worden iſt. In der Einzelberatung ergab ſich eine Mehrheit für die Innehaltung dieſes Beſteuerungsmodus. Mit einigen Aenderungen nahm der Ausſchuß dann die Vorlage an. Die Beratung über die weiteren Steuern wurde vertagt.

Erhöhte Zuteilung reinen Weizenmehls

Das Direktorium der Reichsgetreideſtelle liefert ſeit dem 1. November v. J. den Kommunalverbänden auf Antrag Kochmehl (Haushaltsmehl), das in einer Menge von 600 Gr. auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf Anordnung des Herrn Reichsminiſters für Ernährung und Landwirtſchaft iſt dieſe Menge mit Wirkung vom 16. Februar d. J. von 600 Gr. auf 800 Gr. erhöht worden. Der den Kommunalverbänden von der Reichsgetreideſtelle berechnete Kilogrammpreis beträgt zur Zeit M. 7,50, entſprechend den günſtigeren Einkaufs- und Deviſenpreiſen; dazu treten geringfügige Zuſchläge für den Kleinhandel. Das Mehl iſt 75prozentiges, reines, aus amerikaniſchen Körnern im Inlande hergeſtelltes Weizenmehl, das zum Kochen und Backen ſehr geeignet iſt. Zahlreiche Hausfrauen machen von dieſer Gelegenheit, vortreffliches, reines Weizenmehl für einen weit geringeren Preis zu erhalten als im Schleichhandel, keinen Gebrauch, weil ſie glauben, daß dieſes Mehl von der Beſchaffenheit desjenigen Mehles ſei, das früher als „Cerealienmehl“ verteilt wurde. Es iſt wünſchenswert, daß die Kommunalverbände die Haushaltungen durch die Verkaufsſtellen oder auf andere Weiſe darauf aufmerkſam machen, daß dieſes Vorurteil in keiner Weiſe berechtigt iſt.

Beſtätigung der Wahl Paulſens zum Stadtſchulrat

Der Oberpräſident hat, wie wir erfahren, geſtern (Dienstag) die Wahl des Lehrers Wilhelm Paulſen in Hamburg zum Stadtſchulrat der Stadt Berlin nach Einholung einer Aeußerung der Oberſchulbehörde in Hamburg und eines Gutachtens des Provinzialſchulkollegiums beſtätigt. Zu der Beſtätigung erfahren wir noch Folgendes:

Das Gutachten der Hamburger Oberſchulbehörde iſt für Paulſen außerordentlich günſtig ausgefallen, und das Provinzialſchulkollegium iſt zu ſeinem, die ausreichende ſachliche Bildung Paulſens bejahenden Gutachten auf grund einſtimmigen Beſchluſſes gekommen.

Der Wohnungsluxus der Reichen

Der Fall der Gräfin Wartensleben, die in der Tiergartenſtraße eine unbewohnte Wohnung von etwa 20 Zimmern zwei Jahre lang dem Zugriff des Wohnungsamtes entzog und als Selbſtverſorgerin mit einem 3000 Morgen großen Gut allwöchentlich widerrechtlich 8 Lebensmittelkarten abholen ließ, hat mit Recht die Oeffentlichkeit außerordentlich entrüſtet. Von einem Strafverfahren wegen Betruges aber hört und ſieht man trotzdem nichts.

Noch unerhörter aber iſt das Verhalten des Oberpräſidiums, das ſich ſchützend vor die Gräfin ſtellt und verhindert, daß das Wohnungsamt die neuerdings wieder angeordnete Beſchlagnahme durchführt. Ein adliger Herr, Dr. von Bluhme, verbietet dem Wohnungsdirektor die Beſchlagnahme durchzuführen, denn das Geſetz über Doppelwohnungen ſei noch nicht ganz geklärt, und außerdem habe das Wohnungsamt noch keine Erklärung darüber herbeigeführt, welche Wohnung die Gräfin als Hauptwohnung betrachte, die in der Tiergartenſtraße oder die in ihrem Schloß. Die Beſchlagnahme ſei ſomit aus rechtlichen Gründen aufzuheben. Da die Gräfin inzwiſchen das eine Stockwerk freiwillig geräumt und gleichzeitig erklärt habe, daß der verbleibende Teil ihre Hauptwohnung ſei, die ſie zu behalten wünſche, und nachdem ferner Anweiſung gegeben ſei, die Blankenfelder Wohnung für Wohnungſuchende in Anſpruch zu nehmen, könne es ſich nunmehr nur noch darum handeln, wieviel Zimmer ihrer jetzigen, einzigen Wohnung, ihr noch zu belaſſen ſein werden.

Es iſt doch wirklich eine Fügung Gottes, daß ſolch arme verlaſſene Gräfinnen den Schutz adliger Herren finden. Es wäre doch auch ungeheuerlich, wenn der Frau Gräfin ein Unrecht geſchehen würde, und wenn das Wohnungsamt die verbrecheriſche Abſicht durchführen könnte, die Frau Gräfin in ihrem Wohnungsluxus etwas zu beſchränken.

Eine revolutionäre Tat

Es iſt nicht wahr, daß die Kommuniſten nur immer nach Taten ſchreien, ohne ſelbſt etwas zu tun. In Reinickendorf haben ſie eine revolutionäre Tat vollbracht, die jeden Zweifel an ihrer „Revolutionstüchtigkeit“ ein für allemal zerſtreut.

Im Oktober 1919, als es noch keine V. K. P. D. in Reinickendorf gab, wählte die Gemeindevertretung zum ſtillen Entſetzen der Bürgerlichen einen Volksbildungs-Ausſchuß. Da unſere Genoſſen einſchließlich der Vertreter der S. P. D. unzweideutig dazu übergingen, ſozialiſtiſche Bildungsarbeit zu treiben, ſchieden die beiden in den Ausſchuß delegierten bürgerlichen Vertreter mit großer Entrüſtung aus. Die Parteibildungs-Ausſchüſſe der U. S. P. D. und S. P. D. ſtellten ihre Tätigkeit ein und unterſtützten die Beſtrebungen des Kommunalen Volksbildungs-Ausſchuſſes, der neben Volkshochſchulkurſen, Führungen, Ausſtellungen, Vorträgen, Kunſtabenden, Orcheſterkonzerten, Theateraufführungen, Marionettenſpielen und Märchenvorleſungen auch die bisher von den Parteien veranſtalteten Jugendweihen, Maifeiern uſw. arrangierte. Alles war in beſter Ordnung, bis ein Teil unſerer Genoſſen ſich eines Tages „Vereinigte Kommuniſten“ nannte.

Mit dem neuangenommenen Namen kam den Kommuniſten eine furchtbare Erkenntnis. Die Veranſtaltungen des Volksbildungs-Ausſchuſſes waren plötzlich nicht mehr — „revolutionär“! Die Revolution war in Gefahr, wenn man ſich noch länger an den Arbeiten des Volksbildungs-Ausſchuſſes beteiligte! Die Generalverſammlung der Vereinigten Kommuniſten faßte einen Beſchluß, den Volksbildungs-Ausſchuß zu boykottieren. Die erſte von dieſem Boykottbeſchluß betroffene Veranſtaltung war eine Beethoven-Feier, mit Leo Keſtenberg und ſeinem Trio (Eintrittspreis 2 M., Erwerbsloſe, wie immer, frei.). Die Kommuniſten blieben weg! **Das Ehrenſchild der V. K. P. D. war rein geblieben!** Wie kann auch

---

Carmen

Novelle von Proſper Mérimée

Uebertragen von Franz Schnabel

(Schluß.)

„Komm mit mir!“ ſprach ich zu ihr.

„Auch gut!“ ſagte ſie; „gehen wir fort.“

Ich holte mein Pferd, ließ ſie hinten aufſitzen, und ſo ritten wir den ganzen Reſt der Nacht dahin. Bei Tagesanbruch machten wir an einer einſam gelegenen Venta halt, nicht weit von der Klauſe eines Einſiedlers. Hier ſagte ich zu Carmen:

„Höre mich; ich will alles vergeſſen; ich will nichts mehr mit dir davon ſprechen; aber ſchwöre mir eins: daß du mir nach Amerika folgen und dich dort ruhig verhalten willſt.“

„Nein!“ rief ſie trotzig; „ich will nicht nach Amerika gehen, ich fühle mich hier ganz wohl.“

„Doch wohl, weil du Lukas nahe biſt: aber bedenke wohl, wenn er wieder geſund wird, ſo ſoll er wahrhaftig keine alten Knochen bekommen. Im übrigen, warum ſoll ich mich an ihn halten? Ich bin es müde, alle deine Liebhaber zu töten — dich will ich töten.“

Sie blickte mich feſt mit ihren wilden Augen an und ſagte:

„Ich habe es mir immer gedacht, daß du mich noch töten wirſt. Das erſtemal, als ich dich ſah, war ich gerade an der Türe meines Hauſes einem Prieſter begegnet. Und dieſe Nacht, als wir Cordova verließen, haſt du nichts geſehen? Ein Haſe iſt unter den Füßen deines Pferdes über den Weg gelaufen. So iſt es beſtimmt.“

„Carmencita, liebſt du mich nicht mehr?“ fragte ich ſie.

Sie antwortete nichts. Sie ſaß mit gekreuzten Beinen auf einer Matte und zog mit ihrem Finger Linien in den Sand.

„Wir wollen ein anderes Leben beginnen, Carmen“, ſagte ich in bittendem Tone. „Wir wollen irgendwo hingehen, wo wir nicht mehr getrennt werden. Du weißt, daß wir nicht weit von hier unter einer Eiche hundertundzwanzig Unzen Gold haben, und wir haben auch noch Gelder bei dem Juden ben Joſeph.“

Sie fing an zu lachen und rief:

„Ich zuerſt, dann du! ich weiß, daß es ſo kommen muß.“

„Ueberlege doch“, fing ich wiederum an; „ich bin zu Ende mit meiner Geduld und mit meinem Mute; faſſe deinen Entſchluß, oder ich werde den meinen faſſen!“

Ich verließ ſie und ging gegen die Klauſe hin. Der Einſiedler betete gerade. Ich wartete, bis er mit ſeinem Gebete zu Ende war, und hätte ſelbſt gerne gebetet, wenn ich nur gekonnt hätte. Als er ſich erhob, ging ich auf ihn zu.

„Mein Vater“, redete ich ihn an, „wollt Ihr für einen beten, der in großer Gefahr iſt?“

„Ich bete für alle Bedrängten“, ſagte er.

„Könnt Ihr für eine Seele, die vielleicht bald vor ihrem Schöpfer erſcheinen wird, eine Meſſe leſen?“

„Ja“, antwortete er und blickte mich feſten Auges an.

Und da ihm mein Benehmen etwas ſeltſam vorkam, ſo wollte er mich zum Reden bringen und ſagte: „Ich glaube, Euch ſchon einmal geſehen zu haben.“

Ich warf einen Piaſter auf ſeine Bank und fragte ihn: „Wann werdet Ihr die Meſſe leſen?“

„In einer halben Stunde. Der Sohn des Gaſtwirts unten wird mir miniſtrieren. Sagt mir, junger Mann, habt Ihr nicht etwas auf dem Gewiſſen, das Euch quält? Wollt Ihr nicht die Ratſchläge eines Chriſten hören?“

Ich war nahe daran, zu weinen. Ich ſagte ihm, ich käme wieder und eilte davon. Ich legte mich ins Gras, bis ich die Glocke läuten hörte. Dann ſchlich ich heran, blieb aber außerhalb der Kapelle. Als die Meſſe geleſen war, kehrte ich zur Venta zurück, in der Hoffnung, daß Carmen inzwiſchen verſchwunden ſei; ſie hätte mein Pferd nehmen und ſich retten können . . . aber ich fand ſie noch da. Sie wollte nicht, daß man ihr nachſagen könnte, ſie habe Angſt vor mir gehabt. Während ich fort war, hatte ſie den Saum ihres Kleides abgetrennt und das Blei herausgenommen. Jetzt ſtand ſie vor einem Tiſche und blickte in eine mit Waſſer gefüllte Schüſſel, in der ſie das Blei, das ſie geſchmolzen hatte, ſoeben hineingeworfen. Sie war mit ihrer Zauberei ſo beſchäftigt, daß ſie meine Rückkehr zuerſt gar nicht bemerkte. Bald nahm ſie ein Stück Blei und drehte es mit trauriger Miene nach allen Seiten, bald ſang ſie einen von ihren Zaubergeſängen, in denen Maria Padilla, die Geliebte des Don Pedro, angerufen wird, die, wie man behauptet, die Bari Crallisa, d. h. die große Königin der Zigeuner, war.

„Carmen“, ſagte ich zu ihr, „willſt du mit mir gehen?“

Sie erhob ſich, goß die Schüſſel aus und nahm ihre Mantilla auf den Kopf, als ſei ſie bereit, mitzugehen. Mein Pferd wurde vorgeführt, ſie ſetzte ſich hinten auf und wir entfernten uns.

„So“, ſagte ich zu ihr nach einer Strecke Weges, „du willſt alſo mir folgen, meine Carmen, nicht wahr?“

„Ich folge dir in den Tod, ja; aber ich will nicht mehr mit dir leben.“

Wir befanden uns in einer einſamen Schlucht; ich hielt mein Pferd an.

„Alſo hier!“ ſagte ſie, und mit einem Satze war ſie auf dem Boden. Sie nahm ihre Mantilla, warf ſie zu Füßen, ſtand unbeweglich da, die eine Fauſt in der Hüfte, und blickte mich feſt an:

„Du willſt mich töten, ich ſehe es wohl“, ſagte ſie, „ſo iſt es beſtimmt; aber du wirſt mich nicht zum Nachgeben zwingen.“

„Ich bitte dich“, ſprach ich zu ihr, „ſei doch vernünftig; höre mich! Alles Vergangene iſt vergeſſen, dennoch — du weißt es ja — du biſt es, die mich zugrunde gerichtet hat. Deinetwegen bin ich ein Dieb und ein Mörder geworden. Carmen, meine Carmen, laß mich dich retten und mich mit dir.“

„Joſé!“ antwortete ſie, „du bitteſt um Unmögliches. Ich liebe dich nicht mehr; du dagegen liebſt mich noch, und deshalb willſt du mich töten. Ich könnte dir wohl noch irgendeine Lüge vormachen; ich will mir dazu die Mühe nicht nehmen. Alles iſt aus zwiſchen uns. Als mein Rom haſt du das Recht, deine Romi zu töten. Aber Carmen wird immer frei ſein. Als Calli iſt ſie geboren und als Calli wird ſie auch ſterben.“

„Du liebſt alſo Lukas?“ fragte ich ſie.

„Ja, ich habe ihn einen Augenblick geliebt, wie ich dich geliebt habe, weniger vielleicht als dich. Jetzt liebe ich nichts mehr, und haſſe mich, weil ich dich geliebt habe.“

Ich warf mich ihr zu Füßen, faßte ihre Hände und bedeckte ſie mit meinen Tränen. Ich rief ihr alle glücklichen Augenblicke, die wir zuſammen verlebt hatten, ins Gedächtnis zurück. Ich erklärte mich bereit, um ihr zu gefallen, Räuber zu bleiben. Alles, alles bot ich ihr, wenn ſie mich nur wieder lieben wolle!

Sie aber ſagte:

„Dich noch lieben iſt unmöglich. Mit dir leben will ich nicht.“

Da ergriff mich die Wut. Ich zog mein Meſſer. Wenn ſie nur Furcht gezeigt und mich um Gnade gefleht hätte, aber dieſes Weib war ein Dämon.

„Zum letzten Male“, rief ich, „willſt du bei mir bleiben?“

„Nein! Nein! und wieder nein!“ rief ſie, auf den Boden ſtampfend, zog einen Ring, den ich ihr gegeben hatte, vom Finger und warf ihn in das Dickicht.

Da ſtach ich ſie zweimal. Es war das Meſſer des Einäugigen, das ich an mich genommen hatte, als meines damals abgebrochen war. Beim zweiten Stiche ſtürzte ſie lautlos zuſammen. Noch glaube ich ihr großes ſchwarzes Auge zu ſehen, wie es mich ſtarr anblickte. Dann wurde es trübe und ſchloß ſich. Ich ſtand wohl eine gute Stunde vernichtet vor dieſer Leiche. Dann fiel mir ein, wie Carmen mir oft geſagt hatte, ſie möchte gerne in einem Gehölze begraben ſein. Ich grub ihr mit meinem Meſſer ein Grab und legte ſie hinein. Lange ſuchte ich nach dem Ringe und fand ihn ſchließlich. Ich legte ihn mit einem kleinen Kreuz neben ſie in das Grab. Vielleicht habe ich unrecht getan. Dann beſtieg ich mein Pferd, ritt im Galopp nach Cordova und gab mich dem erſten beſten Wachtpoſten zu erkennen. Ich habe angegeben, daß ich Carmen getötet hatte, aber ich habe nicht angeben wollen, wo ihr Körper ruht. Der Eremit war ein frommer Mann; er hat für ſie gebetet! Er hat eine Meſſe für ihre Seele geleſen . . . Armes Kind! Die Zigeuner tragen die Schuld daran, denn ſie haben ſie ſo erzogen.

einem wahrhaften Kommuniſten zugemutet werden, an einer Beethoven-Feier teilzunehmen?

Dann kam ein Konzert des Blüthner-Orcheſters. Alſo her mit dem Boykott! Alle weiteren Darbietungen, Aufführungen des „Nathan", des „Flachsmann als Erzieher" vom Staats-Schauſpielhaus, die kommende Jugendweihe u. a. wurden und werden boykottiert. So iſt es beſchloſſen.

„Weil das revolutionäre Prinzip zu wenig betont wurde?" Ach nein! Vorträge revolutionärer Dichtungen von Frau Tilla Durieux, René Schickele, Emil Kühne u. a. wurden von allen möglichen Leuten beſucht, nur nicht von den heutigen Kommuniſten. Kurſe von dem Kommuniſten Dr. A. Roſenberg (Geſchichte der Revolutionen, Verfaſſungsfragen unter beſonderer Berückſichtigung der ruſſiſchen Sowjet-Verfaſſung) und der Kommuniſtin Frida **Winkelmann** (über ähnlich lautende Themen und ſozialiſtiſche Erziehungsfragen) wurden gleichfalls von zahlreichen Proletariern und Parteigenoſſen beſucht, nur nicht von den heutigen Kommuniſten.

Wäre der Leiter des Volksbildungsamtes zu den Kommuniſten übergewechſelt, kein Kommuniſt wäre je auf den Gedanken gekommen, die Bildungsarbeit ſei nicht genügend revolutionär. Daß der viel ältere Boykott der Bourgeoiſie von vielen Bürgern durchbrochen wird, ſo daß die proletariſchen Beſucher der Veranſtaltungen nicht ganz unter ſich ſind, kann für keinen noch ſo ſehr auf Reinlichkeit haltenden Kommuniſten ein Grund ſein, fernzubleiben. Aber man mußte etwas tun, um ſich nach außen hin irgend wie von den anderen Sozialiſten zu unterſcheiden, ganz gleich, ob das reaktionäre Bürgertum ſeine helle Freude daran hat oder nicht.

Nun iſt doch immerhin etwas geſchehen! Jetzt wird es bald keinen Menſchen mehr geben der an der **revolutionären Tatkraft und Prinzipienfeſtigkeit der Kommuniſten zweifelt.** Am 20. Februar wird es ſich zeigen.

Verlängerung der Eintragungsfriſt in den Brikettkundenliſten. Die Friſt zur Eintragung in die Brikettkundenliſten für Hausbrand, Gewerbe und Behörden mit Ofenheizung, wird bis zum 15. Februar 1921 einſchließlich verlängert. Wer ſich bis zu dieſem Tage nicht eintragen läßt, kann mit dem Bezug von Briketts vom 1. April 1921 ab nicht mehr rechnen.

Wegen grober Verſtöße gegen die Verordnung des Kohlenverbandes des Groß-Berlin, vom 6. März 1919, iſt den Kohlenhändlern: Paul Schumann, Berlin-Reinickendorf, Reſidenzſtr. 2, Theodor Tſchentſcher, Wilmersdorf, Burgunder Str. 2, der Fortbetrieb des Kohlenhandels unterſagt worden.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin eröffnet am Montag, den 14. Februar 1921 im Stadtbezirk Wedding, N. 39, Gerichtſtr. 35, Hof, Erdgeſchoß, eine Abteilung für weibliches Hausperſonal. Vormittags von 8—3 Uhr werden bewährte Reinmach- und Waſchfrauen für Privathaushalte, Bureau- und Treppenreinigungsfrauen, ſowie Frauen zum Aufräumen von Malerſchmutz vermittelt, nachmittags von 3—7 Uhr feſte Hausangeſtellte, auch Anfängerinnen in der Hauswirtſchaft. Fernſprecher: Moabit 8864.

Verwaltungsbezirk 6. Freitag, abends 6 Uhr, Bezirksverordnetenſitzung. 4½ Uhr Fraktionsſitzung, Zimmer 4.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Donnerstag, den 10. Februar. Die Fraktion und der erweiterte Vorſtand verſammeln ſich vor der öffentlichen Verſammlung um 6 Uhr in der Viktoria-Luiſe-Schule zu einer wichtigen Beſprechung.

Proletariſche Feierſtunden. Umſtändehalber muß die Veranſtaltung am Sonntag, den 13. Februar, ausfallen. Sie wird am Sonntag, den 6. März, nachgeholt. Die jetzt gelöſten Karten haben zum 6. März Gültigkeit.

Vorbereitungsvortrag zur Jugendweihe, heute nachmittag 5 Uhr, Schulaula Müllerſtr., Ecke Triftſtr.

Die Lebensmittelverteilung der Kinderſchutzkommiſſion findet von Nr. 1—300 am Donnerstag, den 10. 2., über 300 am Freitag, den 11. 2. in der Zeit von 10—2 Uhr, im Stadthaus, Eingang Stralauer Straße, ſtatt. Nur Karteninhaber haben das Recht, Lebensmittel zu empfangen.

Funktionäre Neuköllns! Die in der letzten Funktionärverſammlung ausgegebenen Karten für die Proletariſchen Feierſtunden gelten nicht für den 27., ſondern für den 13. Februar; ſie ſind bis zum 12. Februar bei Gen. Kaufmann abzurechnen.

Der Verkauf der Lindenhof-Häuſer. Die Angelegenheit des Verkaufs von 50 Kleinhäuſern der Schöneberger Siedlung Lindenhof durch den dortigen Magiſtrat, die von der unabhängigen Fraktion zum Gegenſtand einer Anfrage an den Berliner Magiſtrat gemacht worden iſt, hat bereits, wie wir erfahren, die Wohnungs- und Siedlungsdeputation in ihrer letzten Sitzung beſchäftigt. Es wurde dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß auch die Deputation, die für ſolche Angelegenheiten zuſtändig iſt, bei dem Verkauf der Häuſer völlig übergegangen worden ſei. Auch der Vorſitzende der Deputation, Stadtſyndikus Lange, mußte erklären, daß ihm von dieſem Verkauf nichts bekannt ſei. Von bürgerlicher Seite wurde erklärt, daß der Siedlungsbau in Schöneberg finanziell zuſammengebrochen ſei, daher habe ſich der Schöneberger Magiſtrat mit Zuſtimmung auch der dortigen Sozialdemokraten zum Verkauf von Häuſern entſchloſſen. Eine Klarſtellung der Sache konnte aber in der Deputation nicht erzielt werden, weil der Dezernent für das Siedlungsweſen, Stadtrat Stolt (K.P.D.), erkrankt iſt und im Krankenhauſe liegt. Die Angelegenheit wird aber in einer der nächſten Stadtverordnetenſitzungen auf Grund der erwähnten Anfrage unbedingt geklärt werden müſſen.

Anmeldungen von Pflegemüttern, die bereit ſind, ſich der Pflege eines Säuglings, Kleinkindes oder Schulkindes zu widmen, werden werktäglich im Rathauſe Neukölln, Zimmer 225, 2 Treppen, in der Zeit von 9—1 Uhr entgegengenommen, woſelbſt auch jede gewünſchte Auskunft bereitwilligſt erteilt wird. Außer dem Pflegegeld wird Wäſche und Kleidung gewährt. Beſonders erwünſcht ſind zur Zeit Pflegeſtellen für Säuglinge und Kleinkinder. Es wird jedoch darauf hingewieſen, daß die Kinder nur im Verwaltungsbezirk Neukölln in Pflege gegeben werden können und Pflegeſtellen im weiteren Gebiet der Groß-Berliner Einheitsgemeinde mit Pflegekindern aus dem 14. Verwaltungsbezirk nicht beſetzt werden dürfen. Wegen der gegenwärtigen ſtarken Belegung der geſchloſſenen Anſtalten ſind zur Zeit auch Pflegeſtellen für nur vorübergehende Unterbringung mit Kindern bis zum Alter von 14 Jahren geſucht.

In der Wohnung der Freundin erſchoſſen hat ſich die 24 Jahre alte Liſa K. aus der Torfſtraße. In einem Augenblick des Alleinſeins tötete ſie ſich durch einen Revolverſchuß ins Herz. Unglückliche Liebe ſoll ſie zu dem Schritt getrieben haben.

Die letzte Reiſe. Im Schalterraum des Bahnhofs Tiergarten brach Montag abend eine Frau plötzlich tot zuſammen. Ein Herzſchlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. Nach vorgefundenen Papieren dürfte die Tote mit einer Frau Böhnicke aus Nowawes identiſch ſein.

Mit dem „Verlierertrick" arbeitet noch immer die Schwindlerbande, die kürzlich vor dem franzöſiſchen Konſulat einen Fremden ausplünderte. Geſtern erbeutete ſie vor dem polniſchen Konſulat von einem Polen wieder 4000 Mark.

Die „Tochter des Polizeiwachtmeiſters", eine junge Lebensmittelſchwindlerin, die ſchon ſeit Jahr und Tag ihr Unweſen treibt, entfaltet neuerdings wieder eine ſehr lebhafte Tätigkeit. Sie hat es immer noch beſonders auf kleine Geſchäftsleute und Handwerksleute abgeſehen. Unter der Vorſpiegelung, die Tochter eines Polizeiwachtmeiſters und Hausverwalters Scholz zu ſein, kauft ſie bei jenen Kleinigkeiten ein und beſtellt dieſe zu irgendwelchen Ausbeſſerungsarbeiten nach einem bezeichneten Hauſe, deſſen Verwalter ihr Vater ſein ſoll. Dabei bringt ſie das Geſpräch auf die Lebensmittelknappheit und Teuerung und erzählt, ihr Vater bekomme von Verwandten auf dem Lande ſoviel, daß er immer noch einiges zu einem mäßigen Preiſe verkaufen könne. Die harmloſen Leute freuen ſich der neuen Kundſchaft und der Gelegenheit eines billigen Einkaufs und geben gern die erbetene Anzahlung. Erſt wenn es zu ſpät iſt, erfahren ſie, daß ſie es mit einer Schwindlerin zu tun hatten. Dieſe iſt etwa 19 Jahre alt; etwa 1,70 Meter groß und hellblond, hat einen breiten Mund, in dem ein Zahn mit einer großen Goldplombe auffällt und trägt einen kurzen, dunkelblauen Mantel mit hellem Pelz und ſchwarze Halbſchuhe. In der Regel hat ſie eine ſchwarze Wachstuchtaſche bei ſich. Die Schwindlerin gab ſich früher und vielleicht auch jetzt noch hin und wieder für die Tochter eines hohen Gerichtsbeamten aus. Angaben, die zu ihrer Feſtnahme dienen können, werden im Zimmer 190 des Polizeipräſidiums entgegengenommen.

Wer kennt die Tote? Noch nicht feſtgeſtellt iſt die am 18. Januar aus dem Kanal in Siemensſtadt gelandete Leiche einer weiblichen Perſon. Die Unbekannte iſt etwa 18 bis 20 Jahre alt geweſen und zirka 1,62 Meter groß. Sie iſt ſchmächtig, hat dunkelblondes langes Haar, langes volles Geſicht, hohe Stirn, bogenförmige Augenbrauen, kleine, aber ſehr dicke Naſe, kleinen Mund, vollſtändige Zähne und kleine Hände. Sie war bekleidet mit ſchwarzgrauem Rock, ſchwarzem, dreiviertellangen Jackett, blauweiß geſtreifter Bluſe, ſchwarzen Schnürſtiefeln, ſchwarzen wollenen Strümpfen, weißem Hemd und grauem Pelzkragen. Bei der Leiche wurde eine goldene Damenuhr, geſtempelt 585, No. 179 605, an einer ſilbernen langen Kette und ein ſilbernes Herz an gleicher Kette gefunden. Mitteilungen, die zur Feſtſtellung der Unbekannten dienen können, nimmt die Nachrichten-Sammelſtelle über vermißte und unbekannte Tote, Zimmer 48 des Polizeipräſidiums, entgegen, ebenſo die Kriminalpolizei im Polizeiamt Spandau.

Städtiſches Fernheizwerk Neukölln. Mit der vor kurzem erfolgten Vollendung des Bauabſchnitts 1 ſind die Arbeiten am Neuköllner Fernheizwerk vorläufig zum Abſchluß gelangt. Durch Anſchluß von 7 öffentlichen Gebäuden und zwei größeren Wohnhausgruppen werden zur Zeit 200 000 Kubikmeter Raum beheizt, während ſchon jetzt die Möglichkeit beſteht, weitere 400 000 Kubikmeter mit Wärme zu verſorgen. Um bei Weiterführung des Werkes eine noch größere Wirtſchaftlichkeit des Unternehmens zu erzielen, wird der Plan der Aufſtellung einer Gegendruckturbine und die Wiederaufnahme der Stromerzeugung als Nebenbetrieb erwogen.

Gewerkſchaftliches

Zur Ausſperrung in der Goldleiſten- und Rahmeninduſtrie

Seit mehr denn einem Jahre kämpft die Arbeiterſchaft in der Berliner Goldleiſteninduſtrie um den Abſchluß eines einigermaßen menſchenwürdigen Lohntarifs. Wir haben es hier mit einer Unternehmerſchaft zu tun, denen es abſolut nicht einfällt, etwas von ihren ganz enormen Kriegsgewinnen für ihre gewiß nicht auf Roſen gebettete Arbeiterſchaft zu opfern. Jetzt, wo der Profit nicht mehr in ſolchem Umfange fließt, als im Kriege, da möchten dieſe „edlen" Seelen am liebſten ihre Betriebe ſchließen. Ein Lohnvergleich, der ab 24. 8. 1920 geſchloſſen wurde, iſt von verſchiedenen Arbeitgebern erſt durch Klage beim Gewerbegericht zur Anerkennung gelangt. Ein am 28. 12. 1920 gefällter Schiedsſpruch, der auf unſere konkrete Forderung von 20 Prozent Lohnerhöhung, 12 Prozent anerkannte, wurde dadurch illuſoriſch, daß die Arbeitnehmer in ihrer ſprichwörtlichen Beſcheidenheit denſelben annahmen, während die Arbeitgeber brüsk dieſen Schiedsſpruch zurückwieſen. Sie warfen uns in zyniſcher „Menſchenfreundlichkeit" ganze 5 Prozent hin und illuſtrierten damit die ganze Einrichtung der Schlichtungsausſchüſſe. Auf dieſen Fußtritt antworteten die Vergolder mit dem Vorgehen in einzelnen Betrieben. Dieſes verſchnupfte natürlich nun die Vereinigung Berliner Goldleiſten-Induſtrieller und ſie beſchloſſen, nun auf der ganzen Linie auszuſperren, um ſo den Geldbeutel der beſtreikten Firmen zu ſchützen. Es liegt Syſtem darin und wir können ſagen, ſie haben Schule gemacht, unſere Herren Goldleiſtenfabrikanten. Sie haben ihren würdigen Vorbildern aus der Metallinduſtrie zeigen wollen, daß ſie brauchbare Mitglieder der kapitaliſtiſchen Geſellſchaftsordnung ſind. Nach 10 Tagen Ausſperrung kam eine Verhandlung beim Demobilmachungskommiſſar zuſtande. Dieſe Inſtanz, auf Grund ihrer Vergangenheit nicht imſtande, bei der Arbeiterſchaft Vertrauen zu erwecken, handelte nun pflichtgemäß von den 12 Prozent noch 4 Prozent ab, welche der Schlichtungsausſchuß anerkannte, ſo daß nun noch 8 Prozent verblieben. Aber auch hier wäre es zu einer Einigung gekommen, wenn ſich die Unternehmer nicht wieder aufs hohe Pferd geſchwungen hätten, indem ſie wegen eines Ausgleiches von 2 Pfg. pro Stunde die ganze Verhandlung ſcheitern ließen. Die am 3. 2. 1921 ſtattgefundene Streikverſammlung lehnte nun, in gerechter Empörung über dieſen Kuhhandel, den mageren Vergleich von 8 Prozent ab, und die Vergolder und Berufsgenoſſen werden nun den ihnen [illegible] aufgezwungenen Kampf mit allen zu Gebote ſtehenden Mitteln weiterführen.

Wir werden den Herren dieſen Streich zu gegebener Zeit mit doppelter Wucht zurückzahlen. Wer kennt nicht die Namen Levy, Imberg, Treitel, Roſenfeld. Beſonders der letzte Herr pfeift auf das Betriebsrätegeſetz und mutet ſeinen Leuten zu, ein Schriftſtück zu unterſchreiben, welches ihn berechtigt, 14 Tage lang 3 Tage arbeiten zu laſſen und dann Entlaſſungen vornehmen zu können.

Kolleginnen und Kollegen, die Langmut unſerer Verhandlungskommiſſion iſt zu Ende. Ihr habt mit knirſchenden Zähnen den Dingen zugeſehen, und nun ſteht Ihr draußen. Jetzt heißt es, zu zeigen, ob Unternehmerwillkür ſtärker iſt, wie die Geſchloſſenheit der Arbeiterſchaft.

Wir haben den Kampf nicht gewollt, man hat ihn vom Zaune gebrochen — nun, wir werden ihn führen.

Berufsmuſiker und Arbeitermuſiker

Zu dieſem Thema ſchreibt uns der „Deutſche Muſikerverband":

„In neuerer Zeit mehren ſich wieder die Klagen der organiſierten Berufsmuſiker über die zunehmende Konkurrenz der Arbeiter-Muſiker. Dieſe ſchließen ſich zu ganzen Kapellen zuſammen und führen nicht nur Muſikgeſchäfte auf eigene Rechnung aus, indem ſie als „Muſikvereine" Vergnügungen veranſtalten und die dadurch erzielten Einnahmen unter ſich verteilen, ſondern ſie bieten ſich auch bei den Arbeitervereinen an und werden von dieſen ihrer geringeren Bezahlung wegen gern berückſichtigt. Wo bleibt hier die Konſequenz dieſer Arbeiter? Sie verlangen mit Recht die Durchführung des Achtſtundentages. Trotzdem ſie Tag für Tag in ungeſunder, von Staub und Rauch geſchwängerter Luft in den Fabriken arbeiten, ſpielen ſie unter den gleichen und oftmals noch ſchlechteren hygieniſchen Verhältniſſen als Muſiker bis in den frühen Morgen hinein zum Tanz auf. Sie bringen ſich um ihre ſo notwendige Nachtruhe. Was der Achtſtundentag ſchaffen ſoll: mehr Arbeitsgelegenheiten, Verminderung der Erwerbsloſigkeit, wird durch die Tätigkeit der Arbeitermuſiker in Gemeinſchaft mit den Militär- und Beamtenmuſikern im Muſikerberuf verhindert. Wo bleibt bei ihnen die geſetzlich feſtgelegte ununterbrochene Ruhepauſe von mindeſtens 36 Stunden in jeder Woche, wenn die Arbeiter jeden Sonnabend und Sonntag zum Tanz aufſpielen? Wo das Verbot der Nachtarbeit überhaupt? Die Arbeitermuſiker wenden ſich in den kleineren Städten ſogar an die Tagespreſſe, um für ihren nebenberuflichen Gewerbebetrieb Reklame zu machen. Sie fordern ihr „Recht" und „die Erhaltung ihrer wirtſchaftlichen Freiheit". Wir erſuchen die Geſamtarbeiterſchaft und insbeſondere die Betriebsräte, dieſe Außenſeiter über die Unzuläſſigkeit und Schädlichkeit ihres Verhaltens zu belehren und ſie zu zwingen, den Berufsmuſikern ihren kargen Verdienſt nicht noch ſchmälern zu helfen. Insbeſondere erwarten wir, daß die Arbeiterſchaft bei ihren Feſtveranſtaltungen die Muſiker hierzu nur durch die örtlichen Fachnachweiſe des Deutſchen Muſiker-Verbandes beziehen."

Wie uns weiter mitgeteilt wird, ſehen die dem Arbeiter-Sport-Kartell angeſchloſſenen Arbeiter-Muſikvereine ſtreng darauf, daß ihre Mitglieder nicht das kärgliche Einkommen der Berufsmuſiker ſchmälern. Eine unrühmliche Ausnahme machen einige Neuköllner Muſikvereine, die dem Arbeiter-Sport-Kartell nicht angeſchloſſen ſind, ſich dafür aber in Schmutzkonkurrenz gegen Klaſſengenoſſen wohl fühlen.

Zum Generalſtreik in der Bluſen- und Kleiderkonfektion. Oeffentliche Verſammlung am Mittwoch, den 9. Februar, mittags 1 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauſes, Alexanderplatz, Alexanderſtraße 41.

Die Betriebsräte der Holzinduſtrie, die auf dem Boden der U. S. P. D. ſtehen, treffen ſich eine Stunde vor der Gruppenverſammlung, am Donnerstag, den 10. Februar, abends 5 Uhr, im Arbeitsloſenſaal, Rungeſtr. 30, part. Genoſſen, erſcheint zahlreich und pünktlich, es ſind wichtige Mitteilungen zu machen. Der Fraktionsvorſtand der U. S. P. D.

U. S. P. D.-Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer. Freitag, den 11. Februar, abends 6 Uhr, im Engliſchen Garten, Alexanderſtr. 27 c. Verſammlung der auf unſerem Boden ſtehenden Mitglieder des Zimmerer-Verbandes. Mit uns ſympathiſierende Mitglieder können eingeführt werden. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkſchaft legitimiert.

Oppoſitionelle Buchdrucker (Bezirk 4, Oſten). Sonnabend, den 12. Februar, pünktlich abends 7 Uhr, wichtige Beſprechung bei Kirſch, Petersburger Str. 81.

Aus den Organiſationen

Mittwoch, den 9. Februar

20. Verwaltungsbezirk. Abends 6½ Uhr Fraktionsſitzung im Wirtſchaftsamt. Kommunale Obleute aus den Bezirken ſind dazu eingeladen.

1. Diſtrikt. Zahlmorgen der 6. Abteilung früh 4½ Uhr bei Schirm, Charlottenſtraße 8. — Zahlabend der 1. und 2. Abteilung bei Hagen, Stralauerbrücke 8, der 3. und 4. Abteilung bei Schirm, Charlottenſtr. 8, der 5. Abteilung bei Lehmann, Halleſches Ufer 14.

2. Diſtrikt, 4. Abteilung. Gemeinſchaftlicher Zahlabend, Schulaula Dieffenbachſtraße 37.

3. Diſtrikt. Zahlabendlokale. 1. Abteilung: Nickel, Teltower Str. 15. 2. Abteilung: die bekannten Lokale. 3. Abteilung: Bezirke 115 bis 117, 125, 124, 130, 132: [illegible], Dieffenbachſtr. 76; 121, 122: [illegible] Ecke Bergmannſtraße; 118 bis 120: Rönner, Körnerſtr. 12; 131: Krüger, Grimmſtr. 1. 4. Abteilung: gemeinſam in der Schulaula Dieffenbachſtr. 51. Die Genoſſen müſſen der wichtigen Tagesordnung wegen unbedingt erſcheinen.

3. Diſtrikt, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr findet in folgenden Lokalen Zahlabend ſtatt: 1. Schneelappe, Roſtiſtr. 29; 2. Schneider, Bergmann- Ecke Heimſtraße; 3. Selmaſtr. 34; 4. Lorenz, Fürbringerſtr. 15; 5. Zoſſener- Ecke Baruther Straße.

4. Diſtrikt, 1. Abteilung. Gemeinſchaftlicher Zahlabend in der Schule [illegible] Straße 17-8.

4. Diſtrikt, 10. Abteilung. Abends 7 Uhr Zahlabend bei Tomaszewski, Wrangelſtr. 104. Erſcheinen eines jeden Genoſſen dringend nötig.

4. Diſtrikt, 13. Abteilung. Abends 7½ Uhr Zahlabend: 185., 181., 187. Bezirk bei Eichholz, Cuvryſtr. 23; 188., 183., 190. Bezirk bei Marians, Schleſiſche Straße 20.

4. Diſtrikt, 10. Abteilung. Abends 7 Uhr Zahlabend bei Tomaszewski, Wrangelſtr. 104. Erſcheinen eines jeden Genoſſen ſehr benötigt.

4. Diſtrikt. Die Abteilungsführer holen ſich heute abend nach 6 Uhr Billetts zu den Proletariſchen Feierſtunden vom Genoſſen [illegible] ab.

5. Diſtrikt, 1. Abteilung. Die Zahlabende finden in folgenden Lokalen ſtatt: Bezirk von Krüger und Kohne bei Elsner, Brandenburgſtr. 17a; Bezirk [illegible] Schmidt bei Reike, Gitſchiner Str. 87c; Bezirk von Kohlſchmidt bei Nowak, [illegible]; Bezirk von Balla und Jarnef bei Keller, Waſſertorſtr. 71, Gitſchiner Str. 16; Erſcheinen aller Mitglieder und „Freiheit"-leſer dringend notwendig.

17. Diſtrikt. Einlaßkarten zu den Proletariſchen Feierſtunden am 13. Februar ſind bei den Bezirksführern, den Abteilungskaſſierern und beim Genoſſen Kroll, [illegible] Str. 21, zu haben.

Charlottenburg, 3. Gruppe. Abends 7/8 Uhr Zahlabend, Augsburger Str. 13 Ecke Marburger Straße. Erſcheinen aller Genoſſen iſt Pflicht.

Neukölln. Abends 7 Uhr Bezirksverſammlungen: 1. Bezirk bei Klemke, Schierkeſtraße 18; 2. Bezirk bei Kibbe, Hobrechtſtr. 9; 3. Bezirk bei Kell, Pannierſtraße [illegible]; Ecke Flughafenſtraße; 4. Bezirk bei Gemmecker, Kaiſer-Friedrich- Ecke Teltſtraße; 5. Bezirk im Theaterſaal, Weichſelſtr. 8; 6. Bezirk bei Schmidt, Elbeſtr. 1 Ecke Kaiſer-Friedrich-Straße; 7. Bezirk bei Rahnke, Erkſtr. 8; 8. Bezirk bei Gauter, Donauer Str. 98, Schwarz, Innſtr. 6, Zimmermann, Kaiſer-Friedrich-Str. 88; 9. Bezirk bei Schenk, [illegible] 24; 10. Bezirk bei [illegible], Richardſtr. 33; 11. Bezirk bei Kuhlicke, Böhmiſche Str. 45-46; 12. Bezirk bei Grabe, Wipperſtraße 9; 13. Bezirk bei Funk, Weſerſtraße Ecke Grenzallee; 14. Bezirk bei Bieber, [illegible] Str. 94-95; 15. Bezirk bei Haack, [illegible] 33; 16. Bezirk bei Meyer, Schillerpromenade 30; 17. Bezirk bei Kaphamel, Thomasſtr. 33; 18. Bezirk bei Hürter, Prinz-Handjery-Str. 54; 19. Bezirk bei [illegible], Prinz-Handjery-Str. 73; 20. Bezirk bei Köhler, Ziethenſtr. 64; 21. Bezirk bei Seifert, Siegfriedſtr. 46, Herde, Weiſeſtr. 8, Riehe, Allerſtr. 12; 22. Bezirk bei Dittlich, Weiſeſtr. 4; 23. Bezirk bei Vogel, Mainzer- Ecke Biebricherſtraße; 24. Bezirk bei Köhler, [illegible] 4; 25. Bezirk bei Hauſer, Kölniſche Allee 185. In den Verſammlungen Vortrag.

Schöneberg-Friedenau. Die Zahlabende finden in folgenden Lokalen ſtatt: 1. und 2. Bezirk bei Jürgens, Barbaroſſaſtr. 5a; 3. Bezirk Golßſtr. 37; 4. Bezirk bei Baum, Apoſtel-Paulus-Str. 22; 5. Bezirk bei Klemm, Fritz-Reuter- Ecke Martinſtraße; 6. Bezirk [illegible] 34; 7. Bezirk [illegible] 34; 8. Bezirk bei Palm, Roßbach, Ecke Cheruskerſtraße; 9. Bezirk bei Schulz, Sedanſtr. 33; 10. Bezirk bei Mühlmann, Hauptſtr. 66; 11. Bezirk Sachſendamm, [illegible]. Die Kolonie Lindenhof beſucht den Zahlabend des 11. Bezirks. Die Friedenauer Zahlabende finden an den bekannten Orten ſtatt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung iſt der Beſuch unbedingt erforderlich.

Schöneberg-Friedenau. Nachmittags 5½ Uhr holen folgende Bezirke ihr Material ab aus der Spedition Golzſtr. 40 und zwar der 1., 2., 4., 8., 9., 10. und Friedenau.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Zahlabend. Es tagen: Halenſee bei Sandmann, Weſtfäliſche Str. 42; Schmargendorf im „Wilden Eber"; Abteilung 2 bei [illegible], Nachodſtr. 13; Abteilung 3 bei Kaiſer (vorm. Schilling), [illegible] Straße; Abteilung 4 bei [illegible], Weimariſche Str. 14; Abteilung Grunewald im alten Zahlabendlokal.

Neukölln. 14. B. und 15. Bezirk. Abends 7½ Uhr Zahlabend, [illegible] 118.

Tegel. Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung im Lokal von Kaminer Nachf., Berliner Straße, nicht bei Lehnhardt.

Ortsgruppe Wittenau. Gemeinſamer Zahlabend beim Genoſſen Richard Schulz, Oranienburger Straße. Wichtige Ortsangelegenheiten.

Lichterfelde. Abends 7½ Uhr gemeinſamer Zahlabend bei [illegible], Hindenburgdamm 56. Das Erſcheinen aller Mitglieder iſt notwendig. Regelung der Arbeiten für die Landagitation.

Buchholz. Abends 7½ Uhr Mitgliederverſammlung bei [illegible]. Tagesordnung erfordert Anweſenheit aller Mitglieder.

Wirtſchaftsbezirk Königswuſterhauſen. Alle Ortsgruppen müſſen umgehend Material abholen beim Genoſſen Langer, Wildau.

Donnerstag, den 10. Februar

13. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr Zuſammenkunft der Kinderſchutzobleute mit Helferinnen bei [illegible], Mühlenſtr. 12. Jeder Ort muß vertreten ſein.

1., 3., 4., 5. Diſtrikt. Kinderſchutzkommiſſion. Abends 7½ Uhr wichtige Beſprechung bei Lange, Gneiſenauſtr. 55. Sämtliche Helferinnen der genannten Diſtrikte müſſen unbedingt erſcheinen.

2., 14., 15. Diſtrikt. Abends 7½ Uhr Sitzung der Kinderſchutzkommiſſion bei Kaiſer, [illegible] 34.

3. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung mit der Kommiſſion, die auf der letzten Funktionärverſammlung gewählt worden iſt, [illegible], Dieffenbachſtr. 76.

4. Diſtrikt. Abends 7 Uhr öffentliche Elternverſammlung in der Schulaula Reichenberger Str. 67-70. Referat: Die neue Schule und der [illegible] eines Kollegiums im Südoſten. Freie Ausſprache.

4. Verwaltungsbezirk (Prenzlauer Tor). Abends 7 Uhr findet bei Hoffmann, [illegible] Str. 8, eine Sitzung der Kinderſchutzkommiſſion ſtatt. Pünktliches Erſcheinen dringend notwendig.

11. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Zuſammenkunft ſämtlicher Genoſſinnen der Frauenarbeits- und Kinderſchutzkommiſſion bei Kube, [illegible] Str. 55. Erſcheinen aller Genoſſinnen unbedingt notwendig.

13. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Vorſtandsſitzung im Lokal von [illegible], Kopenhagener Str. 5.

Neukölln, Britz, Buckow, Rudow (14. Verwaltungsbezirk). Landagitationskommiſſion (Landagitation-einleitung). Abends 7 Uhr bei [illegible], Neukölln, Hermannſtr. 213. Alles pünktlich erſcheinen.

Pankow. Frauenarbeitskommiſſion. Abends 7 Uhr Sitzung bei [illegible], Mühlenſtr. 12. Jede Genoſſin muß erſcheinen.

Vereinskalender

Metallarbeiterverband, Gruppe 3. Durch einen bedauerlichen Irrtum iſt die Verſammlung der Gruppe 3 der Metallarbeiter, die am Dienstag, den 8. Februar ſtattgefunden hat, unter Freitag, den 11. Februar angezeigt worden.

Donnerstag, den 10. Februar

13. Verwaltungsbezirk. Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Nachmittags 4 Uhr findet eine Sitzung aller freigewerkſchaftlich organiſierten Betriebsräte und Obleute der Betriebe Mariendorfs, Marienfelde, Lichtenrade im Lokal von [illegible], Mariendorf, Chauſſeeſtr. 27, ſtatt.

Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten „Südweſt". Abends 7½ Uhr Mitgliederverſammlung im Reſtaurant „[illegible]", Belle-Alliance-Str. 106.

Angeſtellte der Geſundheits-Induſtrie. Abends 7 Uhr im Virchow-Saal der Sophienſäle, Sophienſtr. 17/18, Verſammlung der ſämtlichen Angeſtellten der obigen Branche. Tagesordnung: Tarifbericht und [illegible]. Die Wichtigkeit dieſer Tagesordnung erfordert das Erſcheinen ſämtlicher Kollegen.

Deutſcher Transportarbeiter-Verband. Lagerarbeiter, Kutſcher aus den Papier- und Pappen-Engros-Betrieben. Nachm. 5 Uhr in der Aula der 7. Gemeindeſchule, [illegible] 34, Gruppen-Verſammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. — Apothekenarbeiter-Branche (Laboranten, Drogenarbeiter und -arbeiterinnen, Hausdiener uſw.). Abends 7½ Uhr im Lokal von [illegible], [illegible] 20, Verſammlung. — Rollkutſcher, Speditionsarbeiter uſw. Abends 6 Uhr bei [illegible], Weberſtr. 17, Branchenverſammlung. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht pro 1920; 2. Neuwahl der Branchenleitung; 3. Verſchiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Branchenleitung.

Arbeitsgemeinſchaft ſoz. Elternbeiräte des 13. Verwaltungsbezirks. Abends ½8 Uhr findet eine Plenarſitzung im Klaſſenzimmer des Gymnaſiums, [illegible]ſtraße, ſtatt. Pünktliches Erſcheinen Pflicht.

Soeben erschienen:
Wir demonstrieren!
5 Lieder für Massengesang
Preis 50 Pfennig
Wiederverkäufer hoher Rabatt!
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT"
BERLIN C 2 • Breite Str. 8-9

Die Zahlenkunſtſtückchen der Landesverſicherungsanſtalt Berlin

Von Paul Lange

Auf die Mitteilungen über die finanzielle Mißwirtſchaft der Invalidenverſicherung in Nr. 56 der „Freiheit“ vom 3. Februar 1921 antwortet die Landesverſicherungsanſtalt Berlin in einem Schreiben vom 4. Februar wie folgt:

„Die „Freiheit“ beſchäftigt ſich in der Abendnummer vom 3. Februar mit den finanziellen Schwierigkeiten der Arbeiterverſicherung und ſtellt die Behauptung auf, daß dieſe Schwierigkeiten durch die übermäßige Zeichnung von Kriegsanleihen ſeitens der Landesverſicherungsanſtalten verurſacht worden ſeien. Da in dieſem Artikel beſonders auf die Landesverſicherungsanſtalt Berlin hingewieſen wird, bitten wir die Redaktion um Aufnahme der folgenden Feſtſtellungen:

1. Die Zinseinnahmen aus der gezeichneten Kriegsanleihe ſind jetzt bei der Landesverſicherungsanſtalt Berlin größer als die Zinsausgaben für die aus Anlaß der Zeichnung aufgenommenen Darlehen, ſo daß die Landesverſicherungsanſtalt Berlin zur Zeit aus der Zeichnung für ihr Budget nicht nur keinen finanziellen Nachteil, ſondern einen finanziellen Vorteil hat. Die Behauptung der „Freiheit“, daß die finanziellen Schwierigkeiten auf Zeichnung von Kriegsanleihen zurückzuführen ſeien, iſt daher völlig haltlos. Im übrigen hat die Landesverſicherungsanſtalt Berlin nicht, wie die „Freiheit“ mitteilt, einen Beſtand von 101 Millionen Mark Kriegsanleihen, ſondern nur einen Beſtand von 68 Millionen Mark.

2. Die finanziellen Schwierigkeiten ſind einzig und allein erwachſen aus der Steigerung der Ausgaben für Gehälter, Löhne, Lebensmittel und Materialien aller Art und nicht zuletzt der Ausgaben für Renten. Das ergibt die folgende Zuſammenſtellung:

Von 1914 bis 1921 ſind die Ausgaben geſtiegen: a) an Gehältern der Beamten von 900 000 M. auf 7 700 000 M., b) für Heilverfahren (einſchließlich Heilſtätten Beelitz) von rund 3 800 000 M. auf 27 900 000 M., c) für Renten von 7 500 000 M. auf 42 300 000 M. Demgegenüber ſind die Beitrags-Einnahmen nur von 15 auf 35 Millionen Mark geſtiegen, da die vorausſichtlichen Mehreinnahmen aus der Vergrößerung des Bezirks der Verſicherungsanſtalt durch die Eingemeindung der Vororte zur Vergleichung nicht herangezogen werden können. Während alſo die Geſamtausgaben für Beſoldungen und Heilverfahren um 741 Prozent und die Ausgaben für Renten um 559 Prozent geſtiegen ſind, ſind die Beitragseinnahmen nur um 227 Prozent geſtiegen.

3. Die letzte Beitragserhöhung auf das Doppelte iſt lediglich zur Deckung der erneuten Rentenzulage von 40 M. monatlich erfolgt und nicht zur Sanierung der Verſicherungsanſtalten, die aus der Erhöhung der Beiträge keinen Vorteil haben.

Dr. Freund.“

Es fällt auf, daß Dr. Freund als Vorſitzender der Landesverſicherungsanſtalt Berlin im erſten Teil ſeines Schreibens nur mit Behauptungen, im zweiten Teil dagegen mit Zahlen operiert. Unter 1 gibt er zu, daß die Landesverſicherungsanſtalt Berlin (ebenſo wie die anderen) weit mehr Kriegsanleihe gezeichnet hat, als ſie verfügbare Gelder hatte. Sie hat zu dieſem Zwecke tatſächlich große Darlehen aufgenommen, die ſie verzinſen muß. Trotzdem hat ſie nach Dr. Freunds Behauptung aus der Kriegsanleihezeichnung keinen finanziellen Nachteil, ſondern „zur Zeit“ einen finanziellen Vorteil. Nachfolgendes Beiſpiel beleuchtet dieſe Behauptung:

„Borge ich mir z. B. zu meinem als Beiſpiel angenommenen Vermögen von 50 000 M. noch 50 000 M. und zeichne zuſammen 100 000 M. fünfprozentige Kriegsanleihe, ſo bekomme ich dafür jährlich 5000 M. Zinſen. Für die geborgten 50 000 M. muß ich etwa 6 Prozent Zinſen gleich 3000 M. zahlen, ſodaß für mich bleiben würden 2000 M. Zinſen.“

„Die Zinſeneinnahmen (5000 M.) aus der gezeichneten Kriegsanleihe ſind zur Zeit größer als die Zinsausgaben (3000 M.) für die aus Anlaß der Zeichnung aufgenommenen Darlehen, ſodaß ich aus der Kriegsanleihezeichnung nicht nur keinen finanziellen Nachteil, ſondern einen finanziellen Vorteil (2000 M.) habe.“ Nicht wahr? Nein, das iſt Blödſinn! Denn hätte ich nur diejenigen 50 000 M. als Kriegsanleihe gezeichnet, die mein als Beiſpiel angenommenes Eigentum waren, ſo würde ich bei einem viel geringeren Riſiko hinſichtlich des Kursverluſtes dafür 2500 M. Zinſen zu bekommen haben.

Dr. Freund hat aber auch vergeſſen, daß er auf die Ende 1918 bei der Landesverſicherungsanſtalt Berlin vorhandenen 101 171 500 M. Reichs- und Staatsanleihen (Nennwert) einen Kursverluſt von rund 15 000 000 M. angegeben hat, der jetzt noch viel größer iſt. Wenn er jetzt „nur“ 68 000 000 M. Kriegsanleihe angibt, ſo hat er wahrſcheinlich diejenigen Reichsanleihen, die die Landesverſicherungsanſtalt Berlin ſchon vor dem Kriege im Beſitz hatte, nicht mitgezählt, oder ſie hat den Kursverluſt inzwiſchen abgeſchrieben, oder es iſt ihr möglich geweſen, ſeit Ende 1918 einen Teil der Anleihen abzuſtoßen, wobei wieder die Frage zu prüfen wäre, zu welchem Kurſe dies geſchehen iſt.

Unter 2 weiſt Dr. Freund für die Zeit 1914 bis 1921 (das Jahr 1921 hat erſt angefangen!) eine Erhöhung der von ihm genannten Ausgaben von insgeſamt 12 200 000 M. auf 77 900 000 M. nach, das iſt eine Erhöhung von 639 Prozent.

Unterrichten wir uns nunmehr zunächſt darüber, daß die Landesverſicherungsanſtalt Berlin ebenſo wie die anderen im Jahre 1913 — dem letzten vor dem Kriege — einen geradezu glänzenden Kaſſenbericht geben konnte; denn von ihren Beitragseinnahmen konnte ſie ähnlich wie in früheren Jahren mehr als die Hälfte als Ueberſchuß zurücklegen. Die nachſtehenden Zahlen für 1913 bezeugen das:

	Beitragseinnahmen in Mark	Es verblieb nach Abzug der Ausgaben ein Ueberſchuß von Mark
Landesverſicherungsanſtalt Berlin	15 089 824.—	7 788 739.—
Landesverſicherungsanſtalten insgeſamt	282 758 703.—	150 281 872.—

In der Zwiſchenzeit ſind gewaltige Erhöhungen der Verſicherungsbeiträge vorgenommen worden. Es ſtiegen die Beiträge:

in Beitragsklaſſe 1 von 16 auf 180 Pfg. = 1125 %
„ „ 2 „ 24 „ 200 „ = 833 %
„ „ 3 „ 32 „ 220 „ = 688 %
„ „ 4 „ 40 „ 240 „ = 600 %
„ „ 5 „ 48 „ 280 „ = 583 %

Bei den gegenwärtigen Löhnen kommen die Beitragsklaſſen 1 bis 3 nur ſehr wenig in Betracht; die Renten werden aber noch ſtark nach dieſen niedrigeren Beitragsklaſſen berechnet. Die meiſten Verſicherten zahlen jetzt in Beitragsklaſſe 5. Man darf demnach annehmen, daß infolge dieſes Aufrückens der Verſicherten in höhere Klaſſen die Steigerung der Beitragseinnahme durchſchnittlich weit über 600 Prozent betragen wird. Es iſt alſo unverſtändlich, wie Dr. Freund behaupten kann, die Jahreseinnahme an Beiträgen ſei von 15 000 000 M. nur auf 35 000 000 M. bei der Landesverſicherungsanſtalt Berlin geſtiegen. Dafür gibt es nur die Erklärung, daß er hier nicht das Jahr 1921, ſondern ein früheres heranzieht.

Unter dieſen Umſtänden, d. h. da nach Dr. Freund die Ausgaben um 639 Prozent, die Beitragseinnahmen nach unſerer Rechnung aber um weit über 600 Prozent geſtiegen ſind und bei den urſprünglichen Beiträgen ſich gewaltige Ueberſchüſſe ergeben haben, müßten ſich aus den gegenwärtigen Beiträgen wiederum gewaltige Ueberſchüſſe ergeben, die offenbar im Gegenſatz zu der von Dr. Freund gemachten Behauptung unter 3 zur Sanierung der Verſicherungsanſtalten, d. h. zur Abſtoßung der aufgenommenen Darlehen dienen ſollen. Dr. Freund wird im Ernſt ja auch gar nicht behaupten wollen, daß die Belaſtung der Landesverſicherungsanſtalt durch rieſenhafte Schulden (das ſind eben jene von ihr aufgenommenen Darlehen) ein dauernder Zuſtand bleiben ſoll.

Von allem Drum und Dran abgeſehen, heben wir nochmals hervor, daß Dr. Freund die Verſchuldung der Landesverſicherungsanſtalten durch die rieſigen Kriegsanleihezeichnungen nicht beſtreitet. Dieſe Kriegsanleihen liegen feſt; ſie können nur unter ſchwerem Verluſt flüſſig gemacht werden.

Die Praxis hat trotzdem bewieſen, daß es auch ohne die Erhöhung der Verſicherungsbeiträge gegangen wäre: Im Jahre 1916 wurden die Invalidenverſicherungsbeiträge während des Krieges das erſte Mal zwar um wenige Pfennige pro Woche erhöht; die neuen Beiträge traten am 1. Januar 1917 in Kraft. Dann folgten neue Kriegsanleihezeichnungen; neue Schulden wurden zu dieſem Zwecke aufgenommen. Als am 21. Auguſt 1919 die Reichsregierung eine Verordnung über Zulagen an die Invalidenrentner erließ, beſtimmte ſie, daß das Reich (um den Landesverſicherungsanſtalten dieſe Zulagengewährung zu erleichtern) einen entſprechenden Teil der Kriegsanleihen zum Kurſe von 97 Prozent an Zahlungsſtatt zurücknehme. Eine gleiche Beſtimmung wurde auch für die Unfallverſicherung am 27. November 1919 erlaſſen. Im Mai 1920 wurden ſowohl für die Unfall- als auch für die Invalidenverſicherung neue Verordnungen über die Rentenzulagen herausgegeben. Dabei ereignete ſich etwas ſehr merkwürdiges. Für die Unfallverſicherung beließ man es dabei, daß das Reich den den Zulagen entſprechenden Teil der Kriegsanleihe in Höhe von 97 Prozent des Nennwertes (alſo weit über den Kurswert) zurücknahm. Bei der Invalidenverſicherung ſchaffte man im Mai 1920 dieſe Beſtimmung ab und erhöhte die Beiträge zum zweiten Male.

Warum das? Nun, das iſt ſehr einfach! Die Koſten der Unfallverſicherung müſſen durch Beiträge allein von den Unternehmern aufgebracht werden; die Beiträge zur Invalidenverſicherung aber zahlen neben den Unternehmern die verſicherten Arbeiter zur Hälfte. Die Mai-Verordnungen 1920 waren alſo ein Geſchenk an die Unternehmer. Die Unfallverſicherung wird ihre Kriegsanleihe allmählich weit über den Kurswert los; das Reich zahlt demnach den Unternehmern Geld heraus. Die Invalidenverſicherung jedoch ſoll (ebenſo wie die Reichsverſicherungsanſtalt für Angeſtellte) auf der Kriegsanleihe ſitzen bleiben. Darum die neuerliche Verdoppelung der Invalidenverſicherungsbeiträge im Dezember 1920 — die dritte Erhöhung ſeit 1916.

Die Finanzgebarung der Invalidenverſicherung iſt dergeſtalt undurchſichtig, daß eine Aufhellung dringend erforderlich iſt. Dieſe Aufhellung kann nicht erwartet werden von denjenigen, die den finanziellen Zuſammenbruch der Landesverſicherungsanſtalten herbeigeführt haben. Die Einſetzung einer Unterſuchungskommiſſion iſt dringend erforderlich.

Wählerinnen und Wähler!

Der Wahltag rückt heran. Der Kampf iſt im ſchärfſten Gange. Von allen Parteien werden die größten Anſtrengungen gemacht, um die Wähler in ihrem Sinne zu beeinfluſſen. Handzettel, Flugblätter, Plakate werden in Maſſen hergeſtellt und verbreitet. Acht Millionen Stimmzettel ſind allein von unſerer Partei für Berlin-Brandenburg im Druck. In der Landagitation ſind jeden Sonntag eine erhebliche Anzahl Genoſſen tätig, die größtenteils ſchon am Sonnabend von Berlin fortfahren müſſen, um am Sonntag vormittag ihre Aufklärungsarbeit draußen beginnen zu können. Sie opfern freiwillig ihre Zeit, bekommen ihre Unkoſten nur zum Teil erſetzt und doch fahren ſie immer wieder aufs Land. Sie ſind eben erfüllt von dem Idealismus, der notwendig iſt, wenn man eine große Sache vorwärtsbringen will. Ihre Arbeit gilt der Ausbreitung unſerer Ideen, der Propaganda für die U. S. P. D., und damit für den Sozialismus. Die Diſtrikte und Orte, die ſie entſenden, bemühen ſich nach beſten Kräften, ihnen materiell unter die Arme zu greifen. Wo aber Diſtrikte und Orte nicht über genügend Geldmittel verfügen, ſoll das Verbandsbureau aushelfen. Auch da iſt der beſte Wille zum Geben vorhanden, und wird vor allen Dingen die Notwendigkeit der allerregſten Landagitation klar erkannt. Leider iſt die Verbandskaſſe nicht in der Lage, alle an ſie herantretenden Wünſche erfüllen zu können, ſo ſehr ſie auch deren Berechtigung anerkennt. Die Anforderungen ſind groß, der Kaſſenbeſtand iſt klein. Kaum, daß wir alle Verpflichtungen, die uns durch die vorjährige Reichstagswahl aufgebürdet wurden, erfüllt hatten, ſetzte der Landtagswahlkampf ein. Und nun gleich wieder neue, gewaltige Ausgaben.

An alle unſere Parteimitglieder, an alle auf unſerem Boden ſtehenden Wählerinnen und Wähler, an alle übrigen mit uns ſympathiſierenden Volksgenoſſen, richten wir nun die Aufforderung, auch ihrerſeits ein wenig Idealismus an den Tag zu legen und ihren Teil dazu beizutragen, daß das Verbandsbureau in der Lage iſt, den Wahlkampf ſo zu führen, wie es im Intereſſe der breiten Volksſchichten notwendig iſt. Jeder einzelne iſt in der Lage, etwas zu geben, ſofern er nur von der Bedeutung dieſes Wahlkampfes überzeugt iſt.

Der Bezirksverband hat Sammelliſten herausgegeben. Die Betriebsvertrauensleute und alle dabei in Frage kommenden Genoſſinnen und Genoſſen werden gebeten, ſich am Zahlabend von ihrem Bezirksführer Liſten aushändigen zu laſſen und ſie in ihrem Betrieb oder an ſonſt geeigneter Stelle in Umlauf zu ſetzen. Weitere Liſten ſind jederzeit im Bureau des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg, Berlin, Breite Straße 8-9, Hof rechts, 1 Treppe, zu haben. Geldſendungen für den Wahlfonds erbitten wir an die Adreſſe des Genoſſen Richard Herbſt, Poſtſcheckkonto Berlin 104 560.

Tue jeder ſein Möglichſtes! Ohne Opfer kein Erfolg!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U S P D.
Die Geſchäftsleitung

Jugendbewegung

Die S.P.-J. und die Kommuniſtiſche Jugend-Internationale

W.S. Die „Internationale Jugendkorreſpondenz“ vom 20. Januar bringt ein „Offenes Einladungsſchreiben an die Mitglieder der Sozialiſtiſchen Proletarierjugend Deutſchlands, zur Beſchickung des 2. internationalen Kongreſſes der Kommuniſtiſchen Jugendinternationale“.

Wie bei allen „offenen Schreiben“, ſo handelt es ſich auch bei dieſem nicht um eine freundſchaftliche Einladung, ſondern um einen Keil, den man zwiſchen die Mitglieder der S. P.-J. und die Reichszentrale treiben will. In demagogiſcher Art verſuchen die Münzenberg und Genoſſen, zu beweiſen, daß die Haltung der Reichszentrale der S. P.-J. verderblich und konterrevolutionär iſt. Sie faſeln, die Zentrale will nicht mehr mit dem Exekutivkomitee der K. J.-J. über den Anſchluß der S. P.-J. an die K. J. J. verhandeln. Wahr iſt, daß das Bureau der K. J.-J. den Anſchluß abgelehnt hat und kein anderer Weg übrig bleibt, als der, direkt an den Kongreß ſelbſt heranzutreten. Daß der Kongreß, wenn er von „Jugend“genoſſen der gleichen Qualität wie Münzenberg und Ziegler beſchickt iſt, den Anſchluß gleichfalls ablehnt, iſt gewiß. Denn ſie waren es, die im vorigen Jahre in mehrmaligen Verhandlungen als offizielle Vertreter des Exekutivkomitees der K. J.-J. verſprachen, ſich für den Anſchluß der S. P.-J. an die K. J.-J. einzuſetzen, aber auf der Bureauſitzung der K. J.-J. einen derartigen Beſchluß nicht herbeiführen konnten, vielleicht nicht einmal wollten.

Das „offene Schreiben“ miſcht ſich dann in innerorganiſatoriſche Dinge der S. P.-J. ein und fordert zum Sturz der Zentrale auf. Sind das etwa „revolutionäre Taten“, die man bei der S. P.-J. vermißt? In dem Schreiben wird den Mitgliedern der S. P.-J. der Rat gegeben, ſofort die Einberufung einer Reichskonferenz zu verlangen und zu dieſer Delegierte aus der Mitte der Mitglieder vorzuſchlagen. Es ſcheint, als werden bei der kommuniſtiſchen Jugend die Delegierten aus Kreiſen von Nichtmitgliedern entnommen; denn ſonſt könnten ſie nicht den guten Rat erteilen, gerade Delegierte aus der Mitte der Mitglieder vorzuſchlagen. Es iſt ganz ſelbſtverſtändlich daß zur Reichskonferenz der S. P.-J. nur ſolche Delegierte zugelaſſen werden, die zur Zeit der Einberufung derſelben bereits Mitglieder waren und die von den Ortsgruppen gewählt ſind. Die Vermutung des „offenen Schreibens“, als ſeien die Delegierten Günſtlinge der Reichszentrale, iſt mithin unberechtigt. Es ſcheint, als zieht die K. J.-J. Parallelen zwiſchen der kommuniſtiſchen Jugend und der S. P.-J. und glaubt, daß in dieſer dieſelbe Mißwirtſchaft herrſcht wie in ihren eigenen Reihen.

Die S. P.-J. hat klar Stellung zu nehmen zur K. J.-J., das iſt ſicher. Sie hat es auch ſchon bereits getan. Der K. J.-J. dürfte das nicht unbekannt ſein. Unter Abweiſung aller Phraſen hat ſie nach der Spaltung im November in Leipzig feſtgeſtellt, daß ein bedingungsloſer Anſchluß eine Unmöglichkeit iſt. Fordert die K. J.-J. von der S. P.-J. Taten, ſo fordert dieſe von ihr, alles Phraſenhafte aus ihrem Programm zu ſtreichen, und dieſes ſo abzuändern, daß es möglich iſt, alle revolutionären Jugendgenoſſen darauf zu vereinigen, auch ſolche, die den Marxismus nicht ſo verſtehen wie ſie, d. h. nicht aus jedem Wort eine Phraſe machen, und das, was ihnen unliebſam iſt, nicht zu ſehen. Wer nimmt eine Forderung ernſt, wie die, daß die Jugend eine allgemeine Aktion einleiten und führen kann, wie es im Programm der K. J.-J. gefordert wird? Solange ein Programm derartige Unmöglichkeiten enthält, kann nicht verlangt werden, daß ſich die S. P.-J. vorbehaltlos zu dieſem bekennt.

Die einzigen Taten der kommuniſtiſchen Jugend ſind die, daß ſie alle, die nicht in genau dieſelbe Kerbe ſchlagen wie ſie, für konterrevolutionär erklären. Was ſind denn ihre „Taten“? Etwa die großen Worte in ihren Zeitungen, Flugblättern uſw., oder etwa Demonſtrationen, die ſie ſelbſt noch vor Jahresfriſt als ein Schlag ins Waſſer verpönten? Sie ſind ſchon recht anſpruchslos geworden, wenn ſie ſich damit zufrieden geben. Nur noch einige Zeit, und auch ſie werden die Kinderkrankheit der Politik, den „Ueberradikalismus“, bald überſtanden haben, und ſich auf den Boden der Wirklichkeit ſtellen. Dann wird es auch der S. P.-J. möglich ſein, ſich mit ihnen an einen Tiſch zu ſetzen um wirkliche Taten zu vollbringen.

Die Grundlage zur Diskuſſion

In der Konferenz von Jugendgenoſſen aus dem Reiche mit Vertretern des Zentralkomitees der U. S. P. am Sonntag, den 21. Januar, wurden Richtlinien beſchloſſen, deren Kern wir bereits in unſerem Bericht am Mittwoch, den 26. Januar, abgedruckt haben. Sie müſſen den Jugendgenoſſen bei den bevorſtehenden Ausſprachen als Grundlage dienen, weshalb wir ſie noch einmal im vollen Wortlaut veröffentlichen. Sie lauten:

Richtlinien zur Jugendfrage

1. Die proletariſche Jugendbewegung iſt ein Teil der Arbeiterbewegung überhaupt. Beide verfolgen das gemeinſame Ziel, die kapitaliſtiſche durch die ſozialiſtiſche Geſellſchaft zu erſetzen. Forderungen der Sozialiſtiſchen Proletarierjugend können nur verwirklicht werden, wenn eine ſozialiſtiſche Partei mit klarem Klaſſenkampfprogramm mit allem Nachdruck ſich ihrer annimmt.

2. Die Sozialiſtiſche Proletarierjugend erblickt in der Unabhängigen Sozialdemokratiſchen Partei die revolutionäre Arbeiterpartei, deren Verhalten für das Vorwärtsſchreiten der Arbeiterbewegung bisher das Fruchtbringendſte war. Sie wird aus dieſem Grunde mit dieſer Partei zuſammenarbeiten, aber, der pſychologiſchen Eigenheiten der Jugend gedenkend, ihre Selbſtändigkeit als Jugendbewegung wahren.

Organiſation.

Die U. S. P. anerkennt das Selbſtbeſtimmungsrecht der Jugendlichen in allen Angelegenheiten ihrer Organiſation. Die auf gegenſeitigem Vertrauen beruhende Zuſammenarbeit im Intereſſe des gemeinſamen Zieles wird herbeigeführt durch eine wechſelſeitige Vertretung in den leitenden Körperſchaften der beiderſeitigen Organiſationen in folgender Form:

1. Die örtlichen Organiſationen der U. S. P. und der S. P. J. ſchaffen eine gegenſeitige Vertretung in den Vorſtänden ohne Stimmrecht.
2. Das gleiche gilt für die Bezirks-, Kreis- uſw. Vorſtände.
3. Die Parteiorganiſationen ſind verpflichtet, der S. P. J. mit Rat und Tat zur Seite zu ſtehen, insbeſondere gilt das für Agitation und Propaganda.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol Schachtel Mk. 3.—
Hühneraugen beseitigt! Weil jede Apotheke u. Drogerie führt Kukirol
Lassen Sie sich nichts anderes in die Hand drücken!

Generalverſammlung des Deutſchen Arbeiter-Abſtinenten-Bundes

Die Generalverſammlung des Arbeiter-Abſtinenten-Bundes, die im Januar in Berlin tagte, befaßte ſich eingehend mit der Haltung des Vorſitzenden wie des Redakteurs des „Abſtinenten Arbeiters“ während des Krieges und nachher. Eine lebhafte Ausſprache ſchloß ſich an das Referat des Genoſſen Dr. Drucker über die Zukunftsarbeit des Bundes.

Während der Referent einem Schnapsverbot keine große Bedeutung beilegte, dagegen eine Aktion zur Herbeiführung eines Verbotes der Vergärung lebensnotwendiger Nahrungsmittel in enger Gemeinſchaft mit den ſozialiſtiſchen Parteien dringend befürwortete, ſetzten ſich einige Redner für eine Volksabſtimmung über ein Schnapsverbot ein.

Welche Maßnahmen endgültig getroffen werden, wird von dem Ergebnis der Verhandlungen mit den ſozialiſtiſchen Parteien abhängen. Auf die Anfrage des Bundesvorſtandes hatten bereits die Vorſtände der U.S.P.D. und V.K.P.D., auch der Bergarbeiter-Verband, ſich für ein Schnapsverbot und ein Verbot der Freigabe notwendiger Nahrungsmittel zur Alkoholerzeugung ausgeſprochen; von der S.P.D. war — nach drei Wochen — noch keine Antwort eingelaufen.

Die beiden wichtigſten Entſchließungen, aus denen Weſen und Auffaſſung des Arbeiter-Abſtinenten-Bundes ſich ergibt, wurden einſtimmig angenommen. Sie lauten:

„Der D.A.A.B. ſammelt alle Alkoholenthaltſamen, die auf dem Boden der ſozialiſtiſchen Weltanſchauung ſtehen, um durch Bekämpfung des Alkoholgenuſſes und der Trinkſitten innerhalb der Arbeiterſchaft den Befreiungskampf der Arbeiterklaſſe zu fördern.

Durch dieſes Ziel unterſcheidet er ſich von den bürgerlichen Abſtinenz-Organiſationen, die durch einſeitige Betrachtung der Alkoholfrage und ihr Vereinsleben die ihnen angehörenden Arbeiter nur von der politiſchen und gewerkſchaftlichen Betätigung ablenken. Die Generalverſammlung richtet daher an alle abſtinenten Sozialiſten den Appell, jenen Organiſationen den Rücken zu kehren und ſich der proletariſchen Abſtinenzbewegung anzuſchließen. Der D.A.A.B. wahrt allen ſozialiſtiſchen Parteien gegenüber die ſtrengſte Neutralität. Für ihn kann nur deren Stellungnahme zur Alkoholfrage Gegenſtand der Kritik ſein.“

„Die Generalverſammlung des D.A.A.B. erblickt in der Freigabe notwendiger Nahrungsmittel (Getreide, Kartoffeln, Zucker, Obſt, Wurzelfrüchte) für die Alkoholerzeugung in dieſer Zeit drückendſten Nahrungsmangels ein ſchweres Verbrechen am Volkswohl. Sie ſtellt feſt, daß die auf dieſe Weiſe ſeit Kriegsbeginn bis auf den heutigen Tag vergeudeten Nahrungsmittel einen wichtigen Zuſchuß zur Ernährung der darbenden Maſſen hätten liefern können, daß ſie Leben und Geſundheit vieler Tauſende erhalten hätten, wenn ſie nicht den Brauern und Brennern, ſondern den hungernden Kindern, Müttern und Kranken überlaſſen worden wären.

Die Generalverſammlung gibt ihrer Empörung Ausdruck über die eben erfolgte Erhöhung des Braukontingents an Gerſte und die Freigabe der Kartoffel zur Schnapsbereitung. Sie fordert die ſozialiſtiſchen Parteien auf, mit allen Kräften gegen dieſe gemeinſchädliche Mißwirtſchaft anzukämpfen und dafür zu ſorgen, daß alle Lebensmittel reſtlos der menſchlichen oder tieriſchen Ernährung zugeführt werden.“

Der Sitz des Bundes bleibt in Berlin SO. 16, Engelufer 19.

Sozialiſierung des Heilweſens

Der Verein ſozialiſtiſcher Aerzte unterbreitet der Oeffentlichkeit folgende programmatiſche Erklärung:

Dem gegenwärtigen Heil- und Geſundheitsweſen haften ſehr erhebliche Mängel an, unter denen ſowohl die Bevölkerung als das Geſundheitsperſonal leidet. Der Ueberzahl der Bevölkerung können die von der Wiſſenſchaft gebotenen Heil- und Geſundheitsfaktoren nicht in vollem Umfange zugute kommen; das Geſundheitsperſonal, beſonders die Aerzteſchaft, leidet durch den ſcharfen Konkurrenzkampf wirtſchaftlich und ſittlich.

Dieſe Mängel hängen im weſentlichen innig zuſammen mit der kapitaliſtiſchen Arbeits- und Organiſationsform im Heil- und Geſundheitsweſen, d. h. damit, daß der Arzt gezwungen iſt, ſeine Hilfe dem einzelnen wie eine Ware zu verkaufen. Eine weſentliche Verbeſſerung dieſes Zuſtandes iſt alſo nur zu erwarten von einer nach ſozialiſtiſchen Prinzipien durchgeführten Umwandlung dieſer Organiſations- und Arbeitsform, d. h. von der Sozialiſierung auf dieſem Gebiet.

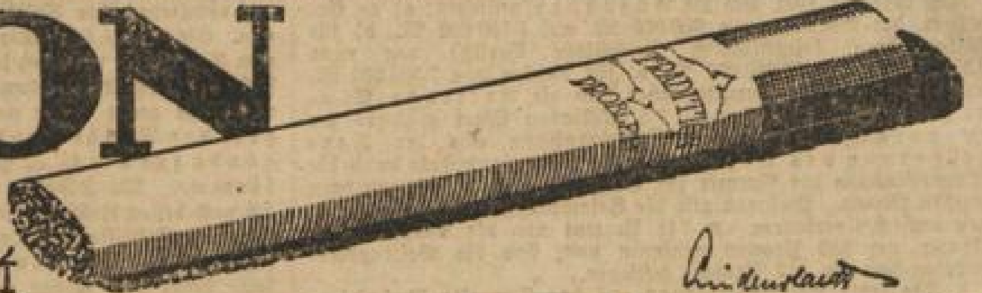
Unter Sozialiſierung des Heil- und Geſundheitsweſens verſtehen wir, ausgehend von der Definition des Sozialismus als der geſellſchaftlich betriebenen planmäßigen Wirtſchaft für den Bedarf der Allgemeinheit, Uebernahme des geſamten Heil- und Geſundheitsweſens auf die eine Planmäßigkeit und Bedarfsdeckung allein gewährleiſtende Geſellſchaft. Der praktiſche Geſundheitsdienſt ſoll dabei durch Gemeinſchaftsarbeit des geſamten organiſierten Fachperſonals unter Mitwirkung eines Bevölkerungsbeirates beſorgt werden.

Zur Erreichung dieſes Zieles empfehlen wir:

1. Das öffentliche Geſundheitsweſen iſt möglichſt auszubauen und beſonders das Fürſorgeweſen, über das ganze Land auszudehnen.
2. Auf dem Gebiete des Heilweſens iſt das geſamte Verſicherungsweſen auf die ganze Bevölkerung auszudehnen und zu vereinheitlichen. Es iſt dabei auf die Gemeinſchaft (Staat, Kommune oder ſonſtige Selbſtverwaltungskörper) zu übernehmen. Die Heilperſonen werden dabei zu Organen der Gemeinſchaft und ſind planmäßig nach dem Bedarf zu verteilen.

   Auf beiden Gebieten iſt die weiteſtgehende Mitwirkung der Bevölkerung zu gewährleiſten.
3. Die ganze Geſundheits- und Heilarbeit iſt in immer umfaſſenderer Weiſe kollektiv zu geſtalten durch weitere Ausbildung der Ambulatorien, Krankenhäuſer, Fürſorgeanſtalten uſw. Das öffentliche Geſundheitsweſen, beſonders das Fürſorgeweſen, iſt in immer innigerem organiſatoriſchen Zuſammenhang mit dem Heilweſen zu bringen.

TRADITION
PROBLEM
Garantiert erste Qualität



Lindenstaedt

Unentbehrlich
für
Arbeiter, Angeſtellte, Parteigenoſſen
U.S.P.D.
Taschenkalender
1921
Gut gebunden :: 4.— Mark
Organiſationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Schlafzimmer
eichenes, Spiegelſchrank, Marmortoilette mit Facettespiegel, Nachttiſche, Bettſtellen mit Stahlmatratzen, Rohrſtühle 3850,—; dasſelbe weiß lackiert 3600,—. Herrenzimmer, 2 m Bibliothek komplett 4650,—. Speiſezimmer gediegene Ausführung, mit 6 echten Lederſtühlen 4250,—. Kücheneinrichtung 575,—. Klubgarnituren 4000,—, nußbaum Standuhren 1200,—. Viele Gelegenheitskäufe in ſchweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preiſen.
Hans Lennert
Berlin N, Lothringer Str. 55 am Roſenthaler Platz.

Asthma
mit Hustenanfällen u. starker Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels echte Asthmatropfen, berühmt durch ihre Wirkung. 30jähr. glänzende Erfolge. M. 9.50
Otto Reichel,
Berlin 46 SO, Eisenbahnstr. 4

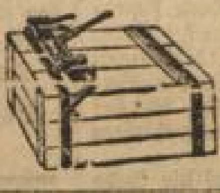
Persil
wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes und billigstes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Zur Jugendweihe
geben wir unſern Kindern das Buch
„Ins Leben hinein“
Für die Jugend
zuſammengeſtellt von Gg. Engelbert Graf.
Elegant gebunden 8 Mark bei der
Buchhandlung „Freiheit“ e. G. m. b. H.,
Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Möbel
Bedeutend herabgesetzte Preise
Bar- oder Teilzahlung
Kleinste An- und Abzahlung
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel
Liefere auch auswärts
Landwehr
Müllerstr. 7 Weddingplatz

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulſter, Paletots, Damen-Koſtüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1833. Gertraudtenſtr. 16-21. Gegr. 1833.

Kaufe jeden Poſten
Spiralbohrer
Schmirgelleinewand
Müller, Neue Königſtraße 38
Alexanderplatz



Der Kiſtenverſchluß-Apparat
„Herkules“
bietet den größten Schutz gegen Diebſtahl. Schnellſter u. billigſter Verſchluß. Kein Nageln mehr, kein Zerbrechen der Kiſten auf dem Transport und beim Oeffnen.
Georg Jurk Berlin N 23, Lunestr. 13. Telephon: Moabit 4462.

Stempel
liefert gut und billig
Stempelfabr. Taschke
Berlin N. 37, Wörtherstr.

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geſchlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutunterſuchungen, ſpez. chron. Harnleid. u. Ausflüſſe, Licht- u. Finſen-Behdlg. in der Heil-Anſt. „Löſer“, Dir. O. Löser, Münzstr. 9
nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen ſeparat

Bettnässen
Befreiung ſofort. Alter und Geſchlecht angeben. Ausk. umſonſt
Verſ. San. Artikel Gg. Engelbrecht, München S 72, Kapuzinerſtr. 9.

Geld
für jede Wertſache. Höchſte Ankaufspreiſe für Pfandſcheine, Brillanten, Goldgegenſtände, Teppiche, Bücher uſw. Wolff, Friedrichſtr. 41, III. Ecke Kochſtraße.

Raucherdank!
Das ſicherſte Mittel, das Rauchen ganz od. teilweiſe einzuſtellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umſonſt
Verſ. San. Artikel Gg. Engelbrecht, München R, 21, Kapuzinerſtr. 9.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsſtellen
C. Röcher, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Kgft. 3861

Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Frauenleid., Syphilis, Salvarſankuren, Blutunterſ., Mannesſchwäche, Damen ſepar. 10—1, 4—7½, Sonntags 10—12.
Dr. med. Lammer Ambulatorium,
Brunnenſtraße 185, zwiſchen Roſenthaler Platz und Invalidenſtraße

Erwerbstätige Frauen!
Verlangt den Aufruf von Luiſe Zietz, „Willſt du arm und unfrei bleiben?“ (30 Pfg.), gegen Einſendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Für
Kupfer, Messing
Lagermetall, Quecksilber
Zinn, Zink, Blei zahle ich in meiner neuen Ankaufsſtelle
Berlin, Stubbenkammer Str. 8
dieſelben hohen Preiſe wie in Charlottenburg, Wallſtr. 58.
Telephon: Wilhelm 1871.

Schriften für den Wahlkampf

Programm und Taktik der USP. Von Artur Criſpien . . . . Mk. 3.00
Die Frauen und das Räteſyſtem. Von Toni Sender. Mk. 1.20
Die Frauenerwerbsarbeit. Von Mathilde Wurm. Mk. 1.00
Das Schulprogramm. Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der USP. eingeſetzten Kommiſſion für das Erziehungs- und Bildungsweſen. — Mit einem Vorwort von Georg Ledebour . . . . . . Mk. 1.50
Willſt du arm und unfrei bleiben? Von Luiſe Zietz. Ein Aufruf an die Frauen des werktätigen Volkes. Herausgegeben vom Zentralkomitee der USPD. . . . . Mk. 0.30
Eine Abrechnung mit den Rechtsſozialiſten. Von Artur Criſpien. 32 Seiten . . . . . . Mk. 1.00
Der moraliſche Zuſammenbruch der SPD. Mk. 0.75
Ledebour vor den Geſchworenen. Von Georg Ledebour. Eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, bringt dieſe Schrift die wörtliche Wiedergabe der Verteidigungsrede, die Ledebour am 2. Verhandlungstag vor den Berliner Geſchworenen in Erwiderung der gegen ihn erhobenen Anſchuldigungen hielt . . . . Mk. 1.20
Der Mord an Karl Liebknecht und Roſa Luxemburg. Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten . . . . Mk. 0.60
Klaſſenjuſtiz. Chronologiſche Gegenüberſtellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre. Von Fritz Schneider . . . . Mk. 1.80
Die Diktatur der Demokratie . . . . Mk. 0.40
Was iſt Sozialiſierung? Von Karl Kautsky. Referat, gehalten auf dem 2. Reichskongreß der A.-, S.- und B.-Räte am 14. April 1919. Zweite erweiterte Auflage . . . . Mk. 1.50
Was iſt Sozialiſierung? Von Karl Korſch. Ein Programm des prakt. Sozialismus. Mit Anhang Mk. 1.50
Der Zuſammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution. (Beobachtungen eines ehemaligen Feldſoldaten) . . . . Mk. 1.00
Die deutſche Arbeiter-Revolution. Gedenkſchrift über den Verlauf des erſten Revolutionsjahres 1918/19 . . . . Mk. 1.50
Die Kriegsſchuld der Rechtsſozialiſten. Von Heinrich Ströbel. Dieſe Schrift enthält Aufzeichnungen, die Ströbel, ehemaliger Redakteur des „Vorwärts“, aus intimſter Kenntnis aller Vorgänge bereits im Juli 1917 veröffentlicht hat. Man erfährt aus ihnen viele bisher unbekannte Tatſachen über die Haltung der Rechtsſozialiſten während des Krieges Mk. 2.00
Die Münchener Tragödie. (Entſtehung, Verlauf und Zuſammenbruch der Räterepublik München) Mk. 2.00
USPD. und Gewerkſchaften. Von Rob. Dißmann Mk. 0.50
Die Gewerkſchaften in der Revolution. Von Rich. Seidel . . . . Mk. 3.00
Die Verfaſſung des Freiſtaates Preußen Mk. 2.00
Wahlgeſetz zum preußiſchen Landtag, Provinziallandtags- u. Kreistags-Wahlgeſetz Mk. 2.50

Organiſationen bei Bezug größerer Partien bedeutende Preisermäßigung
Buchhandlg. „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

Russische Korrespondenz
Nr. 19/20.
Inhalt:
Karl Radeck: Das dritte Jahr des Kampfes gegen das Weltkapital. — Entente und Sowjetrussland: (Auf Grund der Dokumente des Ministerium des Aeusseren der Regierung in Omsk:) England, Frankreich und die Vereinigten Staaten im Kampfe mit der Sowjetmacht. — N. Bucharin: Das Neue in der russischen Revolution. — E. Preobrashenski: Die soziale Basis der Oktoberrevolution. — B. Roustam Bek: Drei Jahre Rote Armee. — A. Chrjaschtschjow: Die Bauernschaft im Kriege und in der Revolution. — J. Larin: Drei Jahre Sowjetwirtschaft. — J. Larin: Die russische Industrie. — E. Varga: Ueber die Form der Beziehungen eines proletarischen Staates zu den kapitalistischen Ländern. — N. Lenin: Die Aufgabender politischen Aufklärung. M. Wladimirsky: Die Resultate der Arbeit in der Organisation der örtlichen Organe der Sowjetmacht im Jahre 1920. — S. Strumilin: Das Problem einer Steigerung der Arbeitsleistung. Prof. W. M. Bechterew: Persönlichkeit und Arbeit. — L. Sosnowski: Der Schöpfergeist Sowjetrussland. — „Larins Fahnenjunker.“ — Kurskiy: Der dritte Jahrestag der proletarischen Revolution und das Recht. — A. Anikst: Planmässige Arbeit. — J. Larin: Die Aufgaben des vierten Jahres. — N. Ossinski: Der planmäßige Anbau und die Normalisierung der Bodenbearbeitung. N. Ossinski: Die Regelung der Landwirtschaft durch den Staat. N. Bogdanow: Die wichtigsten Fragen einer Organisation des sozialistischen Ackerbaues. — A. Swiderski: Die Hilfsquellen unserer Verpflegung. — A. Wyschinski: Die Zweckversorgung. N. Ossinski: Auf dem Wege zur Verpflegungsfront. — W. Nekrassow Drei Jahre Revolution und das Verkehrswesen. — O. Michailow Das Verkehrswesen. — G. Krzizanowski: Die Elektrifizierung als Voraussetzung einer Vergesellschaftlichung der Produktion. — Kurze Uebersicht über die Tätigkeit des Volkskommissariats für Aussenhandel im Jahre 1920. — P. Sobach: Probleme der Naphthaversorgung. — S. Herstein-Drosslowskaja: Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung während der drei Revolutionsjahre. — O. Nogin: Mutter und Säuglingsschutz. — A. Jelisarow: Kinderschutz in Sowjetrussland. — S. Kaplun: Die Arbeiterin und der Arbeitsschutz. — Elkin: Arbeiterinnen an der Kampffront gegen die Unwissenheit. — H. N. Brailsford: Eine Fabrik in Sowjetrussland.
132 Seiten. \ Preis Mark 5,—

Bibliothek aller Völker
Band 1
Theodor Storm
Immenſee und andere Novellen
•
Band 2
Leo Tolſtoi
Die Kreuzerſonate
•
Band 3
Honoré de Balzac
Die Geheimniſſe der Prinzeſſin Cadignan
•
Gobſeck
•
Band 4
Adalbert Stifter
Der Hochwald
•
Brigitta
•
Band 5
Björnſtjerne Björnſon
Abſaloms Haar
•
Band 6
Theodor Storm
Der Schimmelreiter
Jeder Band 1½ Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin, Breite Str. 8-9